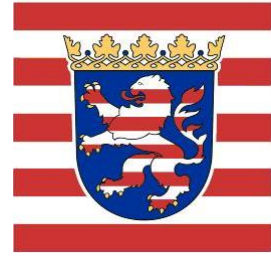




HESSEN



# Bericht aus Brüssel

10/2022 vom 23.05.2022

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union  
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel  
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13  
E-mail: [hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de](mailto:hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de)

## Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	4
Europäisches Parlament.....	5
Ausschuss der Regionen.....	9
Wirtschaft.....	10
Verkehr.....	14
Energie.....	14
Digital.....	18
Forschung.....	19
Finanzdienstleistungen.....	21
Finanzen.....	22
Soziales.....	24
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	27
Umwelt.....	29
Landwirtschaft.....	32
Justiz.....	34
Inneres.....	35
Information, Kommunikation und Medien.....	36
Veranstaltungen.....	36
Vorschau.....	38

### **Abschlussveranstaltung zur Konferenz zur Zukunft Europas am 09.05.2022**

Die Konferenz zur Zukunft Europas ist am Europatag (09.05.2022) mit einer offiziellen Abschlussveranstaltung in Straßburg zu Ende gegangen. Die drei Präsidenten der EU-Institutionen, Roberta Metsola, Präsidentin des EP, EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sowie der französische Präsident Emmanuel Macron in seiner Funktion als Ratsvorsitzender, nahmen den Abschlussbericht von Teilnehmenden der Konferenz mit 49 Vorschlägen und über 300 Maßnahmen entgegen und hielten Reden. Zuvor haben die Ko-Vorsitzenden der Konferenz Erklärungen abgegeben. Ebenso waren die Bürger in der Veranstaltung eingebunden. Hier traten im Laufe der Veranstaltung Menschen hervor, die ihre Arbeit in der Konferenz mit einem Wort beschrieben haben. Die Worte waren: Neu; Kameradschaftlichkeit; Zusammenschluss; Dankbarkeit; Hoffnung sowie Game-Changer. Fünf Personen aus den Bürgerpanels (ESP, SWE, FRA, IRL, POL) gaben kurze Erklärungen ab. Minister für europäische Angelegenheiten und andere hochrangige Gäste haben ebenfalls an der Zeremonie teilgenommen. Ferner haben kulturelle Darbietungen von „Danse l'Europe“ und dem Jugendorchester DEMOS stattgefunden. Neben den 449 Plenarteilnehmern, darunter 108 Bürgerinnen und Bürger, werden 120 Mitglieder des Europäischen Bürgerforums und 200 Bürgerinnen und Bürger aus lokalen Schulen sowie Erasmus-Studenten zu der Veranstaltung eingeladen. Die Konferenz zur Zukunft Europas ist ein neuartiger und innovativer Prozess, eine Bottom-up-Initiative, bei der sich die Europäerinnen und Europäer dazu äußern konnten, was sie von der Europäischen Union erwarten. An der Konferenz nahmen europäische Bürgerinnen und Bürger unterschiedlicher geografischer Herkunft, unterschiedlichen Alters und mit unterschiedlichem sozioökonomischem Hintergrund und/oder unterschiedlichem Bildungsniveau teil, wobei die Beteiligung junger Europäerinnen und Europäer eine zentrale Rolle spielte. Die Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich war als Entsandte des Bundesrates in die Konferenz zur Zukunft Europas eingebunden und Mitglied der Arbeitsgruppe „Digitaler Wandel“. In dieser Funktion hat sie auch ein Positionspapier in der Arbeitsgruppe vorgestellt, in dem sie u.a. dafür geworben hat, den digitalen Binnenmarkt weiterzuentwickeln und dabei auf eine Vielzahl von Dimensionen auszuweiten. Dies betrifft die Industriepolitik, den grünen Übergang, demokratische Werte und soziale Aspekte.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20220509IPR29102/abschluss-der-konferenz-zur-zukunft-europas>

### **Brexit; Kommission; Erklärung von Vizepräsident Šefčovič, Protokoll zu IRL/Nordirland**

Nach der Ankündigung der britischen Außenministerin Elizabeth Truss, dass in den kommenden Wochen ein Gesetz vorgelegt werde, welches eine einseitige Änderung des Nordirland-Protokolls ermöglichen werde, erklärte Vizepräsident der Kommission Šefčovič am 17.05.2022, dass das Protokoll ein internationales Abkommen sei, welches von der EU und dem GBR unterzeichnet wurde. Einseitige Maßnahmen, die im Widerspruch zu einem internationalen Abkommen stehen, seien nicht akzeptabel. Sollte GBR beschließen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem konstitutive Elemente des Protokolls außer Kraft gesetzt werden, wie von der britischen Regierung angekündigt, müsse die EU mit allen ihr zur Verfügung stehenden Maßnahmen reagieren. Die Beziehungen zwischen der EU und GBR müssten, so Maroš Šefčovič, auf der uneingeschränkten Einhaltung der rechtsverbindlichen Verpflichtungen beruhen, die beide Seiten einander gegenüber eingegangen seien und die sich auf die Umsetzung des Austrittsabkommens und des Handels- und Kooperationsabkommens

stützen. Nach langen und intensiven Diskussionen zwischen der EU und dem GBR sei das Protokoll über IRL/Nordirland die Lösung, die gefunden wurde, um die durch den Brexit und die von der britischen Regierung gewählte Art des Brexit entstandenen Herausforderungen zu bewältigen. Das Protokoll sei integraler Bestandteil des Austrittsabkommens. Es vermeide eine harte Grenze auf der irischen Insel und schütze das Karfreitagsabkommen (Belfast) von 1998 in all seinen Dimensionen und gewährleistet die Integrität des EU-Binnenmarktes. Die EU habe Verständnis für die praktischen Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Protokolls gezeigt und bewiesen, dass innerhalb seines Rahmens Lösungen gefunden werden können. Die Kommission habe zusätzliche weitreichende und wirkungsvolle maßgeschneiderte Regelungen vorgeschlagen, um den Warenverkehr von GBR nach Nordirland zu erleichtern. Diese Vorschläge sehen unter anderem eine Expressspur mit drastisch reduzierten und vereinfachten Zollverfahren in einem noch nie dagewesenen Umfang vor. Die Kommission sei bereit, die Gespräche mit der britischen Regierung fortzusetzen, um im Rahmen des Protokolls gemeinsame Lösungen zu finden, die den Menschen und Unternehmen in Nordirland zugutekommen würden.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement\\_22\\_3142](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_22_3142)

## Außen- und Verteidigungspolitik

### **Kommission; Sofortige EU-Finanzhilfe und Wiederaufbauplan für Ukraine**

Die Kommission hat am 19.05.2022 in einer Mitteilung Pläne für Soforthilfemaßnahmen der EU zur Schließung der Finanzierungslücke in der Ukraine dargelegt. Die bislang geleistete Unterstützung soll mit einer neuen einmaligen Makrofinanzhilfe für die Ukraine von bis zu 9 Mrd. EUR im Jahr 2022 aufgestockt werden. Die Hilfe soll tranchenweise mit langen Laufzeiten ausgezahlt und dank der Garantie aus dem EU-Haushalt zu Vorzugszinssätzen geleistet werden. Um dies zu ermöglichen, sollen sich die Mitgliedstaaten auf die Bereitstellung zusätzlicher Garantien einigen. Zusammen mit Finanzhilfen aus dem EU-Haushalt für die Subventionierung der damit verbundenen Zinszahlungen soll dadurch laut der Kommission eine gut koordinierte Unterstützung zu sehr günstigen Bedingungen für die Ukraine gewährleistet werden. Die Kommission hat ebenfalls Vorschläge vorgelegt, wie die EU der Ukraine bei der Bewältigung der Kriegsfolgen helfen kann und zwar sowohl kurzfristig, als auch vorausschauend für den nötigen langfristigen Wiederaufbau. Als übergeordnetes strategisches Verwaltungsgremium soll eine internationale Koordinierungsplattform für den Wiederaufbau der Ukraine eingesetzt werden, die von der Kommission als Vertreterin der EU und der ukrainischen Regierung betrieben werden soll. Dieses Gremium soll dann für die Billigung eines von der Ukraine erstellten und umzusetzenden Wiederaufbauplans „RebuildUkraine“ zuständig sein und Verwaltungskapazität und technische Hilfe von der EU erhalten. Der dann von der Plattform gebilligte Wiederaufbauplan „RebuildUkraine“ soll basierend auf einer Bedarfsermittlung der EU und anderen Partnern als Grundlage für die Festlegung der zu finanzierenden Prioritätsbereiche und Projekte dienen. Die Koordinierung der Finanzierungsquellen mit den Empfängern soll über die Plattform erfolgen, um eine optimale Nutzung der Mittel zu gewährleisten. Auch die Fortschritte bei der Umsetzung des Plans sollen auf diesem Wege überwacht werden. Die Kommission schlägt außerdem vor, den Wiederaufbauplan durch eine Fazilität „RebuildUkraine“ zu flankieren. Diese soll das wichtigste Rechtsinstrument für die EU-Hilfe sein und soll laut Kommission Zuschüsse und Darlehen bereitstellen. Eingebunden in den EU-Haushalt, soll sie die Transparenz, Rechenschaftspflicht und korrekte Mittelverwaltung dieser Initiative unter enger Verknüpfung mit Investitionen

und Reformen gewährleisten. Besonderes Gewicht soll dabei auf Reformen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung liegen. Investitionen, die im Einklang mit der Klima-, Umwelt- und Digitalpolitik der EU und den EU-Standards stehen, sollen dazu beitragen, dass die Ukraine stärker und krisenfester aus dem russischen Angriffskrieg hervorgeht.

[https://ec.europa.eu/info/files/ukraine-relief-and-reconstruction\\_de](https://ec.europa.eu/info/files/ukraine-relief-and-reconstruction_de)

### **Kommission; Partnerschaft mit der Golfregion**

Die Kommission hat am 18.05.2022 eine Mitteilung über eine „Strategische Partnerschaft mit der Golfregion“ angenommen. Ziel ist laut der Kommission, die Zusammenarbeit der EU mit dem Golf-Kooperationsrat und seinen Mitgliedsländern zu erweitern und zu vertiefen. Die EU und die Golfstaaten sollen danach enger zusammenarbeiten, wenn es um die Stabilität in der Golfregion und im Nahen Osten, um globale Sicherheitsbedrohungen, Energiesicherheit, Klimawandel und den grünen Wandel, Digitalisierung, Handel und Investitionen geht. Es ist auch seitens der EU geplant, den politischen Dialog mit den Golfstaaten zu den Themen Multilateralismus, sozialer Wandel, Menschenrechte und Gleichstellung der Geschlechter weiter zu fördern. Eine engere interkulturelle Zusammenarbeit, die Mobilität von Jugendlichen und Studenten, die Zusammenarbeit und der Austausch im Hochschulbereich sollen, so die Kommission, das gegenseitige Verständnis und Vertrauen verbessern.

[https://www.eeas.europa.eu/eeas/joint-communication-%E2%80%9Cstrategic-partnership-gulf%E2%80%9D\\_en](https://www.eeas.europa.eu/eeas/joint-communication-%E2%80%9Cstrategic-partnership-gulf%E2%80%9D_en)

## **E u r o p ä i s c h e s P a r l a m e n t**

### **Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 18.-19.05.2022 in Brüssel**

#### Rede der Präsidentin der Republik Moldau Maia Sandu vor dem Plenum

Die Präsidentin der Republik Moldau, Maia Sandu, sprach am 18.05.2022 im Plenum über den Krieg in der Ukraine und dessen Auswirkungen auf ihr Land, das eine wichtige Rolle bei der Versorgung der ukrainischen Flüchtlinge spielt. EP-Präsidentin Roberta Metsola begrüßte die moldauische Präsidentin und lobte das Land für die Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge. Metsola erklärte, das EP unterstütze den EU-Beitrittsantrag Moldaus. Fast eine halbe Mio. Ukrainerinnen und Ukrainer haben unsere Grenze überquert. Etwa 90.000 Ukrainer seien immer noch dort, sagte Sandu. Die Hälfte der Flüchtlinge seien Kinder. Und das seien 10% aller Kinder in der Republik Moldau. Sie rief dazu auf, die Bewerbung der Republik Moldau um einen EU-Beitritt zu unterstützen. In einer am 05.05.2022 angenommenen Entschließung begrüßte das EP den formellen Antrag der Republik Moldau auf EU-Mitgliedschaft und erklärte, die EU solle dem Land den Kandidatenstatus gewähren. Am 19.05.2022 nahmen die MdEP eine Entschließung an, in der sie die EU auffordern, die Republik Moldau nach ihrem Antrag auf EU-Mitgliedschaft strategisch stärker zu unterstützen.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0211\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0211_DE.html)

#### Auswirkungen des russischen Krieges in der Ukraine auf die Gesellschaft und die Wirtschaft in der EU

In einer am 19.05.2022 angenommenen Entschließung zu den Auswirkungen des russischen Krieges in der Ukraine auf die Gesellschaft und die Wirtschaft in der EU erklären die MdEP, dass der Krieg selbst und die begründeten Sanktionen der EU gegen Russland und Belarus die wirtschaftliche Erholung der EU nach der Pandemie beeinträchtigen und eine ernsthafte Bedrohung für ihren Wiederaufbau darstellen. Die

Entschließung bildet den Abschluss der Plenardebatte, die am 04.05.2022 in Straßburg stattfand. Die MdEP sind der Ansicht, dass die bestehenden Instrumente wie das Aufbauinstrument NextGenerationEU (NGEU), SURE (Europäisches Instrument zur vorübergehenden Unterstützung bei der Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken) oder die Flexibilität des derzeitigen mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2021–2027 nicht ausreichen, um die negativen Auswirkungen des Krieges und die Kosten, die der EU durch die gegen Russland verhängten Sanktionen entstehen, abzumildern. Sie fordern daher eine Besteuerung unerwarteter Gewinne von Energieunternehmen, die Beschlagnahme und Einziehung von Vermögenswerten russischer Oligarchen und zusätzliche Flexibilität im EU-Haushalt. Der mehrjährige Finanzrahmen (MFR) sollte überarbeitet werden, die Vorschriften über staatliche Beihilfen sollten flexibler angewandt werden, die Höhe der EU-Garantie im Rahmen des Programms InvestEU sollte aufgestockt werden und die Kommission sollte bereit sein, neue Programme vorzuschlagen, wenn dies notwendig wird, so die MdEP, die die EU außerdem auffordern, bei der Einrichtung eines Solidaritäts-Treuhandfonds für die Ukraine eine führende Rolle zu übernehmen. Die Verschärfung dieser Krise erfordere ein schnelles Eingreifen. Die Mitgliedstaaten sollten ihre Sozialausgaben erhöhen und zusätzliche Ausgaben für gefährdete, aber tragfähige Unternehmen bereitstellen.

Die MdEP legen einen besonderen Schwerpunkt auf die Entwicklung der Autonomie der EU. Um dies zu erreichen, fordern sie die Einrichtung eines neuen, zweckgebundenen europäischen Fonds. Der Fonds für strategische Autonomie der EU würde die grenzüberschreitende Energieinfrastruktur, die Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen und die Energieeffizienz, die Cybersicherheit, industrielle Wettbewerbsfähigkeit, Ernährungssicherheit, Kreislaufwirtschaft und nachhaltige Entwicklung finanzieren. Sie fordern den Rat ferner auf, die Liste der Personen, gegen die EU-Sanktionen verhängt wurden, auf die europäischen Mitglieder der Leitungsorgane großer russischer Unternehmen und auf Politikerinnen und Politiker, die nach wie vor Geld aus Russland erhalten, auszuweiten.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0219\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0219_DE.html)

#### Albanien und Nordmazedonien: MdEP fordern Aufnahme von Beitrittsgesprächen

In zwei am 19.05.2022 angenommenen Berichten, in denen die Fortschritte Albaniens und Nordmazedoniens auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft bewertet werden, fordert das EP den Rat auf, offiziell Beitrittsverhandlungen mit diesen beiden Ländern aufzunehmen, und verweist auf den geostrategischen Kontext der Beziehungen zu Russland und dessen Aggression gegen die Ukraine. Obwohl beide Länder die vom Europäischen Rat (ER) festgelegten Bedingungen erfüllen und nachhaltige Ergebnisse geliefert haben, hat der ER es versäumt, Beitrittsverhandlungen mit ihnen zu eröffnen, so die Abgeordneten. Dies habe die Einstellung der Öffentlichkeit gegenüber der EU untergraben und stelle eine ernste Gefahr für die Erweiterungspolitik insgesamt dar, heißt es in dem Bericht. Die Abgeordneten loben im Rahmen des Berichts von MdEP Isabel Santos (S&D/PTL) die strategische Ausrichtung Albaniens und sein unerschütterliches Engagement für die europäische Integration und bringen ihre klare Unterstützung für den demokratischen Wandel des Landes und sein Streben nach einer EU-Mitgliedschaft zum Ausdruck. Sie fordern Albanien auf, seine Anstrengungen fortzusetzen und zu intensivieren, damit die Justiz effizienter arbeiten und Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Wirtschaft gestärkt werden können. Das Land sollte auch die Zivilgesellschaft stärken, Korruption und organisierte Kriminalität bekämpfen, die Medienfreiheit gewährleisten und den Schutz der Rechte von Minderheiten, einschließlich der LGBTQI-Gemeinschaft, garantieren. Der Bericht wurde mit einer Mehrheit von 519 - 52 - 28 angenommen.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0214\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0214_DE.html)

Das EP lobt im Rahmen des Berichts von MdEP Ilhan Kyuchyuk (RN/BUL) die kontinuierlichen Bemühungen Nordmazedoniens, die Rechtsstaatlichkeit, die Unabhängigkeit der Justiz und die Minderheitenrechte zu stärken, Korruption und organisierte Kriminalität zu bekämpfen, die öffentliche Verwaltung zu reformieren sowie die Medienfreiheit zu festigen. Der Bericht weist auch auf die Risiken der zunehmenden wirtschaftlichen und energiepolitischen Abhängigkeit von China und Russland hin und warnt davor, die Abhängigkeit von durch China finanzierten Investitionskrediten die Anfälligkeit der Region erhöhen könnte. Der Bericht wurde mit einer Mehrheit von 508 – 56 – 35 angenommen.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0213\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0213_DE.html)

#### Ukraine: MdEP fordern internationalen Sondergerichtshof für die Bestrafung des Verbrechens der Aggression

In der am 19.05.2022 angenommenen Entschließung fordert das EP die EU auf, alle erforderlichen Maßnahmen in internationalen Institutionen und Verfahren sowie vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) und anderen geeigneten internationalen Gerichten zu ergreifen, um die strafrechtliche Verfolgung des russischen und des belarussischen Regimes wegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord und Verbrechen der Aggression zu unterstützen. Die MdEP fordern, dass diese Ermittlungen und ihre anschließende Strafverfolgung auch auf alle Angehörigen der russischen Streitkräfte und Staatsbediensteten angewandt werden, die an Kriegsverbrechen beteiligt sind.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0218\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0218_DE.html)

#### EP befürwortet neue Befugnisse von Eurojust zur Unterstützung von Ermittlungen bei Kriegsverbrechen

Am 19.05.2022 stimmte das EP mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 560 – 17 – 18 für die Verlängerung des Mandats von Eurojust, der EU-Agentur für die Zusammenarbeit in Strafsachen. Die neuen Befugnisse würden es der Agentur ermöglichen, Beweise im Zusammenhang mit Kriegsverbrechen, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu speichern und zu analysieren. Bei diesen Beweisen könnte es sich um DNA-Profile, Fingerabdrücke, Fotos, Videos und Tonaufnahmen handeln. Nach den neuen Vorschriften könnte Eurojust auch Daten im Zusammenhang mit diesen Arten von Verbrechen verarbeiten und die Daten an den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) und andere internationale Organisationen sowie an die Behörden der Mitgliedstaaten weitergeben.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0209\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0209_DE.html)

#### Weltweiter Körperschaftsteuer-Mindestsatz: EP fordert schnelle Umsetzung

Das EP hat am 19.05.2022 einen Vorschlag der Kommission zur Umsetzung der internationalen Vereinbarung über einen weltweiten Mindeststeuersatz von 15% für Unternehmen angenommen. Der von MdEP Aurore Lalucq (S&D/FRA) verfasste Bericht wurde mit einer Mehrheit von 503 – 46 – 48 angenommen. Der Text billigt die Schlüsselemente des Kommissionsvorschlags, insbesondere die Beibehaltung des vorgeschlagenen Zeitplans für die Umsetzung und eine Umsetzungsfrist bis zum 31.12.2022 und zwar mit der Absicht der raschen Anwendung des Gesetzes. Die MdEP haben jedoch Änderungen am Vorschlag der Kommission vorgenommen. Sie wollen eine Klausel zur Überprüfung des Schwellenwerts für die Jahreserträge einführen, ab dem ein multinationales Unternehmen dem Mindeststeuersatz unterliegen soll. Außerdem fordern sie eine Bewertung der Auswirkungen der Gesetzgebung auf die Entwicklungsländer. Die MdEP wollen auch bestimmte von der Kommission vorgeschlagene Ausnahmeregelungen einschränken und die Möglichkeiten des Missbrauchs der Vorschriften begrenzen, insbesondere durch die

Einführung eines besonderen Artikels mit Vorschriften zur Bekämpfung von Steuerumgehungsmodellen. Der Bericht wird nun an den Rat weitergeleitet, der einen endgültigen Text einstimmig annehmen muss. Ziel der Richtlinie ist es, die von der OECD/G20 im Dezember 2021 vereinbarte Reform der Vorschriften über die internationale Unternehmensbesteuerung in EU-Recht umzusetzen. Diese globale Vereinbarung zielt darauf ab, einen Körperschaftsteuer-Mindestsatz von 15% für große multinationale Unternehmen zu gewährleisten.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0216\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0216_DE.html)

#### Rechtsstaatlichkeit: MdEP kritisieren Jahresbericht der Kommission und schlagen Verbesserungen vor

Am 19.05.2022 nahm das EP im Rahmen des Berichts von MdEP Terry Reintke (Grüne/DEU) seine Bewertung des Jahresberichts 2021 der Kommission zur Rechtsstaatlichkeit mit einer Mehrheit von 429 – 131 – 34 an. Die MdEP zeigten sich enttäuscht, dass die Kommission trotz der Vorschläge des EP immer noch nicht auf die zahlreichen, miteinander verknüpften Bedenken hinsichtlich des Zustands der gesamten Palette der EU-Werte in den Mitgliedstaaten (MS), eingeht. Der Bericht sollte zwischen systemischen und individuellen Verstößen gegen die EU-Werte unterscheiden und eine gründlichere und transparentere Bewertung vornehmen. Außerdem sollte er zu einem analytischen und präskriptiven Ansatz übergehen, der übergreifende Trends, einschließlich möglicher systemischer Schwachstellen, auf EU-Ebene aufzeigt. In Ermangelung eines solchen Ansatzes versäumt es der aktuelle Bericht, den bewussten Prozess der Rechtsstaatlichkeitsverletzungen in POL und HUN klar zu erkennen und Defizite in anderen MS zu identifizieren. Die MdEP begrüßen die Absicht der Kommission, länderspezifische Empfehlungen in den Bericht für 2022 aufzunehmen, und schlagen vor, eine direkte Verbindung zwischen den Ergebnissen des Berichts und der Aktivierung von Korrekturmaßnahmen herzustellen, z.B. Artikel 7, Haushaltskonditionalität und Vertragsverletzungsverfahren (wobei letztere automatisch ausgelöst werden sollten). Außerdem fordern sie Rat und Kommission auf, Verhandlungen über einen ständigen, umfassenden Mechanismus zum Schutz der EU-Werte aufzunehmen. Das EP schlägt vor, einen "Rechtsstaatlichkeitsindex" einzurichten, der auf einer quantitativen Bewertung der Leistungen der einzelnen Länder durch unabhängige Experten beruht. Die MdEP fordern außerdem einen "Europäischen Index des bürgerlichen Raums", um die Hindernisse zu erfassen, denen sich Organisationen und Einzelpersonen in den Mitgliedstaaten gegenübersehen.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0212\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0212_DE.html)

#### EP billigt Aussetzung der EU-Zölle auf alle ukrainischen Exporte

Das EP hat sich am 19.05.2022 im Rahmen des Berichts von MdEP Sandra Kalniete (EVP/LET) dafür ausgesprochen, die Einfuhrzölle auf alle ukrainischen Ausfuhren in die EU für ein Jahr auszusetzen, um die Wirtschaft des Landes zu unterstützen. Diese vorübergehende Liberalisierung des Handels, die mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 515 – 32 – 11 gebilligt wurde, erfolgt vor dem Hintergrund des russischen Krieges, der den Handel der Ukraine mit dem Rest der Welt behindert. Im Rahmen dieser vorübergehenden Liberalisierung sollen die Einfuhrzölle auf Industriegüter und Agrarerzeugnisse sowie alle Antidumping- und Schutzmaßnahmen der EU gegenüber ukrainischen Stahlausfuhren für die Dauer eines Jahres vollständig aufgehoben werden.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0208\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0208_DE.html)



### EP fordert: Alle EU-Sanktionen gegen Russland müssen auch für Belarus gelten

In einer am 19.05.2022 angenommenen Entschließung wendet sich das EP vehement gegen die Rolle, die das belarussische Regime bei der Unterstützung des illegalen Krieges Russlands gegen die Ukraine gespielt hat. Dazu gehört das sogenannte Referendum zur Wiederherstellung des nuklearen Status des Landes, aber auch die Tatsache, dass Belarus russischen Truppen und Waffen erlaubt hat, sich durch sein Territorium zu bewegen, seinen Luftraum zu nutzen, aufzutanken und militärische Munition zu lagern. Die MdEP sind daher der Ansicht, dass das belarussische Regime für den Angriff mitverantwortlich ist und alle völkerrechtlichen Konsequenzen zu tragen hat. Darüber hinaus verweisen sie auf die wachsende Rolle Russlands in Weißrussland, einschließlich seines finanziellen Einflusses, der ernsthafte Zweifel an der Fähigkeit Weißrusslands aufkommen lasse, souveräne Entscheidungen zu treffen. Das EP begrüßt den Vorschlag der Kommission für ein sechstes Sanktionspaket gegen Russland und Weißrussland und fordert die Mitgliedstaaten (MS) im Rat auf, dessen umfassende und rasche Umsetzung sicherzustellen. Die MdEP fordern, dass alle gegen Russland verhängten Sanktionen strikt auch auf Weißrussland übertragen und entsprechend umgesetzt werden müssen und zwar auch in allen künftigen Sanktionsrunden. In der Resolution wird auch die Notwendigkeit einer umfassenden Untersuchung der vom Regime von Aljaksandr Lukaschenko begangenen Verbrechen gegen das belarussische Volk unterstrichen. Sie fordert die MS auf, den Grundsatz der universellen Zuständigkeit aktiv anzuwenden und Gerichtsverfahren gegen belarussische Amtsträger vorzubereiten, die für Gewalt und Unterdrückung verantwortlich oder daran beteiligt sind, einschließlich Lukaschenko selbst. In der Entschließung wird die jüngste Verhaftung und Inhaftierung von Gewerkschaftsführern und -vertretern durch die belarussischen Behörden entschieden verurteilt. Dies stellt einen Angriff sowohl auf die Menschenrechte als auch auf die in internationalen Konventionen verankerten Grundrechte dar. Die Verhafteten müssen daher unverzüglich freigelassen und der Zugang zu einer unabhängigen Justiz gewährleistet werden. Das EP verurteilt auch die jüngsten Änderungen am belarussischen Strafgesetzbuch, mit denen die Todesstrafe für "versuchte terroristische Handlungen" eingeführt wurde. Dieser Schritt könne vom Regime leicht gegen seine politischen Gegner eingesetzt werden, so die MdEP, da viele politische Gefangene in Weißrussland aufgrund der Terrorismusbestimmungen angeklagt oder bereits zu langen Haftstrafen verurteilt worden seien. Die MdEP fordern Weißrussland außerdem auf, die Todesstrafe unverzüglich und dauerhaft abzuschaffen. Schließlich weisen die MdEP auf die Notwendigkeit hin, die Zusammenarbeit der EU mit den demokratischen Kräften in Weißrussland zu verstärken, u.a. durch regelmäßige Gipfeltreffen sowie eine solide Finanzhilfe.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0215\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0215_DE.html)

### A u s s c h u s s d e r R e g i o n e n

#### **AdR; ECON-Fachkommissionssitzung**

Am 12.05.2022 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission ECON für Wirtschaftspolitik statt. Dabei wurde über folgenden Stellungnahmeentwurf abgestimmt: „Europäisches Datengesetz“. Darüber hinaus fand eine Debatte zum Thema „Europäisches Chip-Gesetz zur Stärkung des europäischen Halbleiter-Ökosystems“ statt.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2182698&meetingSessionId=2228677>

### **Kommission; Neue EU-Vertikal-Gruppenfreistellungsverordnung mit Leitlinien ab Juni in Kraft**

Die Kommission hat am 10.05.2022 nach einer umfassenden Überarbeitung der Vorschriften aus dem Jahr 2010 die neue Gruppenfreistellungsverordnung für vertikale Vereinbarungen verabschiedet, die durch die neuen Vertikal-Leitlinien ergänzt wird. Beide Regelwerke treten am 01.06.2022 in Kraft. Die neuen Vorschriften geben den Unternehmen einfachere, klarere Vorschriften und Leitlinien an die Hand und erleichtern so die Bewertung der Vereinbarkeit von Liefer- und Vertriebsvereinbarungen mit den EU-Wettbewerbsvorschriften, insbesondere im Hinblick auf eine zunehmende Digitalisierung.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32022R0720&from=EN>

### **Kommission; öffentliche Konsultation zur vorgeschlagenen Vereinfachung von Fusionskontrollverfahren eingeleitet**

Die Kommission hat am 10.05.2022 eine bis zum 03.06.2022 laufende Konsultation zum Entwurf der überarbeiteten Durchführungsverordnung zur Fusionskontrollverordnung und zum Entwurf der überarbeiteten Bekanntmachung über ein vereinfachtes Verfahren eingeleitet. Die Kommission hat bereits im August 2016 eine Überprüfung der Verfahrens- und Zuständigkeitsvorschriften im Fusionskontrollbereich eingeleitet, deren Ziel es ist, die Fusionskontrolle bei Fällen, die keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken aufwerfen und nach dem vereinfachten Verfahren bearbeitet werden, weiter zu straffen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_22\\_2806](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2806)

### **Kommission; Befristeter COVID-19-Rahmen wird auslaufen**

Die Kommission hat am 12.05.2022 beschlossen, den befristeten Beihilferahmen zur Stützung der Wirtschaft angesichts von COVID-19, der am 19.03.2020 angenommen wurde, nicht über den 30.06.2022 hinaus zu verlängern. Dieser Rahmen hat es den Mitgliedstaaten ermöglicht, mehr Möglichkeiten zur Förderung, Erforschung und Herstellung von Produkten zur Bekämpfung von COVID-19 zu schaffen, Arbeitsplätze zu erhalten sowie die Wirtschaft weiter zu stützen. Er wird schrittweise auslaufen und so einen flexiblen Übergang ermöglichen. Schuldtitel können bis zum 30.06.2023 in andere Beihilfeformen umgewandelt und umstrukturiert werden.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/STATEMENT\\_22\\_2980](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/STATEMENT_22_2980)

### **EU; Japan; EU und Japan stärken Partnerschaft bei digitalen Technologien, Lieferketten und Infrastruktur**

Der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, und die Präsidentin der Kommission, Ursula von der Leyen, trafen sich am 12.05.2022 zum 28. Gipfeltreffen EU-Japan in Tokio mit dem japanischen Premierminister Fumio Kishida. Die Teilnehmer gaben im Anschluss eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie die enge und umfassende Partnerschaft zwischen der EU und Japan auf der Grundlage des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens (WPA) und des Abkommens über eine Strategische Partnerschaft bekräftigten. Es wurde eine Diversifizierung und Stärkung von Lieferketten sowie eine intensivere Zusammenarbeit bei Infrastrukturmaßnahmen beschlossen. Zur Stärkung der gemeinsamen Arbeit auf dem Gebiet der digitalen Technologien wurde eine digitale Partnerschaft geschlossen. Weiterhin wurden Sondierungsgespräche über eine mögliche Assoziierung Japans mit dem Rahmenprogramm für Forschung und Innovation von Horizont Europa aufgenommen. Den Angriff Russlands auf die Ukraine verurteilten die Führungsspitzen der EU und

Japan aufs Schärfste und sicherten der Ukraine weiterhin politische, finanzielle, materielle und humanitäre Hilfe zu.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/05/12/joint-statement-eu-japan-summit-2022/>

### **Rat; Festlegung des Standpunktes zum Verordnungsvorschlag zur Änderung der europäischen Normungsverordnung**

Der Rat hat sich am 13.05.2022 auf einen Standpunkt zu der durch die Kommission am 02.02.2022 (vgl. BaB 03/2022) vorgeschlagenen Änderung der europäischen Normungsverordnung geeinigt. Durch die Änderung der Normungsverordnung sollen Verfahren für die Entwicklung harmonisierter Normen in der EU festgelegt werden. Harmonisierte Normen besitzen eine große Bedeutung für den Binnenmarkt, da sie das Inverkehrbringen von Produkten erleichtern.

<http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/05/13/le-conseil-adopte-une-position-sur-les-nouvelles-exigences-applicables-aux-organisations-europeennes-de-normalisation-oen/>

### **Eurostat; Außenhandelsdefizit des Euroraums im März in Höhe von 16,4 Mrd. EUR**

Nach ersten Schätzungen von Eurostat, veröffentlicht am 16.05.2022, lagen die Warenausfuhren des Euroraums in die restliche Welt im März 2022 bei 250,1 Mrd. EUR. Dies entspricht einem Anstieg von 14% gegenüber März 2021 (219,3 Mrd. EUR). Die Einfuhren in den Euroraum beliefen sich auf 266,5 Mrd. EUR, was einem Anstieg von 35,4% gegenüber März 2021 entspricht. Dieser Anstieg kann hauptsächlich auf einen weiteren Anstieg der Energieeinfuhren zurückgeführt werden. Bezogen auf den Warenverkehr mit der restlichen Welt registrierte der Euroraum im März 2022 ein Defizit von 16,4 Mrd. EUR gegenüber einem Überschuss von 22,5 Mrd. EUR im März 2021. Der Intra-Euroraum-Handel belief sich im März 2022 auf 236,8 Mrd. EUR, ein Anstieg von 21,2% gegenüber März 2021.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/14636035/6-16052022-AP-DE.pdf/0b53b9fb-2c94-0437-f92f-0560ddaa3bf0>

### **Eurostat; Bruttoinlandsprodukt in der EU um 0,4% und Erwerbstätigkeit um 0,4% gestiegen**

Laut Schnelleinschätzung von Eurostat vom 17.05.2022 ist das Bruttoinlandsprodukt in der EU im ersten Quartal 2022 im Vergleich zum Vorquartal um 0,4% und im Euroraum um 0,3% gestiegen. Im gleichen Zeitraum ist die Erwerbstätigkeit in der EU um 0,4% und im Euroraum um 0,5% gestiegen. Im vierten Quartal 2021 war das Bruttoinlandsprodukt in der EU um 0,5% und im Euroraum um 0,3% gestiegen, während die Erwerbstätigkeit in der EU und im Euroraum um jeweils 0,4% gestiegen war.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/14636038/2-17052022-AP-DE.pdf/0c25b683-b57c-501e-34c2-e4bd51c60df4>

### **Kommission; Regionen, Städte und Mitgliedstaaten für Pilotprojekt „Partnerschaften für regionale Innovation“ ausgewählt**

Die Kommission hat am 17.05.2022 die Auswahl der Teilnehmer der Pilotaktion „Partnerschaften für regionale Innovation“, welche gemeinsam mit dem AdR entwickelt wurde, bekannt gegeben. Es wurden insgesamt 63 Regionen, sieben Städte und vier Mitgliedstaaten für die Teilnahme ausgewählt. Die Partnerschaften sind dabei in der geplanten neuen Agenda für Innovation für Europa verankert, in der der Wandel hin zur Nachhaltigkeit durch Innovation vorangetrieben wird sowie lokale Strategien mit Initiativen auf EU-Ebene verknüpft werden. Als Hauptziel sollen regionale und lokale

Innovationsökosysteme stärker vernetzt und nachhaltige Wertschöpfungsketten und „Deep-Tech-Branchen“ in Europa ausgebaut werden. Das ebenfalls am 17.05.2022 durch die gemeinsame Forschungsstelle veröffentlichte „Protokoll für die Partnerschaften für regionale Innovation“ dient dabei als Leitfaden. Es beinhaltet ein breites Spektrum von Instrumenten und „Governance-Mechanismen“ für eine bessere Koordination, welche im Zuge der Pilotaktion getestet werden, um gleichzeitig gemeinsame operative Orientierungshilfen zu erstellen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_22\\_3008](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_3008)

### **EuG; Bestätigung der Vereinbarkeit der deutschen Rettungsbeihilfe zugunsten von Condor mit dem Unionsrecht**

Das Gericht der Europäischen Union (EuG) entschied mit Urteil vom 18.05.2022 in der Rechtssache T-577/20 Ryanair gegen die Kommission, dass die von DEU gewährte Rettungsbeihilfe zugunsten der Fluggesellschaft Condor mit dem Unionsrecht vereinbar sei. Condor hatte nach der Auflösung von Thomas Cook im September 2019 die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens beantragt. DEU meldete am selben Tag bei der Kommission ein Darlehen von 380 Mio. EUR für sechs Monate an. Ohne das förmliche Prüfverfahren nach Art. 108 Abs. 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) einzuleiten, stufte die Kommission die angemeldete Maßnahme mit Beschluss vom 14.10.2019 als staatliche Beihilfe ein, die gemäß Art. 107 Abs. 3 Buchst. c AEUV und den Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten mit dem Binnenmarkt vereinbar sei. Die Kommission ging davon aus, dass die Liquidation von Thomas Cook der Grund für die finanziellen Schwierigkeiten war. Gegen den Kommissionsbeschluss hatte Ryanair geklagt. Ryanair argumentierte unter anderem, dass die Probleme von Condor das Resultat einer willkürlichen Kostenverteilung innerhalb der Gruppe gewesen seien. Das EuG kommt zu dem Ergebnis, dass es Ryanair nicht gelungen ist, die Schlussfolgerungen der Kommission zu widerlegen, wonach die Schwierigkeiten von Condor hauptsächlich auf die Liquidation der Thomas Cook Gruppe und nicht auf eine willkürliche Kostenverteilung innerhalb der Gruppe zurückzuführen seien.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=T-577/20>

### **Kommission; EU verstärkt Maßnahmen zur Stärkung der Verteidigung Europas**

Die Kommission und der Hohe Vertreter Joseph Borell legten am 18.05.2022 eine Gemeinsame Mitteilung vor. Diese enthält die Analyse der Investitionslücken im Verteidigungsbereich und weitere Maßnahmen und Aktionen zur Stärkung der Verteidigung. Um Europa im Bereich der Verteidigung zu stärken will sich die EU insbesondere auf die gemeinsame Beschaffung von militärischen Gerät und auf die strategische Verteidigungsplanung sowie die Unterstützung der Industrie und Forschung konzentrieren. EU-Initiativen zur Förderung der Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich sollen dabei zu einer gerechteren transatlantischen Lastenteilung und zu einem wirksameren europäischen Beitrag innerhalb der NATO führen. Für die EU werde ein gemeinsamer Ansatz für den Ausgabenanstieg im Bereich der Verteidigung benötigt, um eine weitere Fragmentierung zu vermeiden. Für die Schließung der im Bereich der Verteidigungs- und Rüstungsindustrie identifizierten Lücken werden in der Mitteilung konkrete Maßnahmen vorgestellt. Diese zielen darauf ab, die europäische Nachfrage nach Verteidigungsgütern durch eine gemeinsame Beschaffung zu stärken sowie das Angebot durch gezielte Maßnahmen zur Förderung der industriellen Fertigungskapazitäten zu erhöhen. Für die Beschaffung soll kurzfristig eine Task Force eingerichtet werden.

[https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/join\\_2022\\_24\\_2\\_en\\_act\\_part1\\_v3\\_1.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/join_2022_24_2_en_act_part1_v3_1.pdf)

### **EuG; Abweisung der Klage von Canon gegen die Kommission**

Das Gericht der Europäischen Union (EuG) hat in der Rechtssache T-609/19 Canon gegen die Kommission am 18.05.2022 ihr Urteil verkündet. Mit Beschluss vom 27.06.2019 verhängte die Kommission gegen Canon eine Geldbuße in Höhe von 28 Mio. EUR wegen teilweiser Durchführung des Erwerbs von Toshiba Medical Systems Corporation vor dessen Anmeldung und Genehmigung nach der EG-Fusionskontrollverordnung vom 20.01.2004. Im vorliegenden Fall übernahm Canon die Toshiba Medical Systems Corporation in zwei Stufen mittels einer zwischengeschalteten Zweckgesellschaft. Canon erhob gegen den o.a. Beschluss Nichtigkeitsklage. Die Fusionskontrollverordnung verpflichtet die an einem Zusammenschluss von europäischer Bedeutung beteiligten Unternehmen u.a. den angemeldeten Zusammenschluss erst zu vollziehen, wenn die Kommission ihre Genehmigung erteilt hat. Das EuG wies die Klage von Canon vollumfänglich ab und bestätigte den Beschluss der Kommission. Die Kommission habe die zwischengeschaltete Transaktion durch Canon, die vor der Genehmigung erfolgte, zu Recht als einen Teilvollzug des Zusammenschlusses eingestuft.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=T-609/19>

### **Kommission; Ausschreibung zur Durchführung einer Studie zur Unterstützung der Bewertung des EU-Rahmens für die Durchsetzung des Wettbewerbsrechts**

Die Kommission hat am 18.05.2022 eine offene Ausschreibung für die Durchführung einer Studie veröffentlicht, die die Evaluierung der Leistungen der EU-Verordnungen, welche die Verfahren für die Verwendung der EU-Wettbewerbsregeln festlegen, unterstützen soll. Durch die durchzuführende Studie will die Kommission klare und umfassende Informationen erlangen, die in die laufende Bewertung des Verfahrensrahmens für die Durchsetzung des EU-Wettbewerbsrechts einfließen. Die Studie wird auf Expertenbefragungen, einer Analyse von Fachliteratur, auf den Entscheidungen der Kommission sowie der nationalen Wettbewerbsbehörden basieren.

<https://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:264007-2022:TEXT:EN:HTML>

### **Kommission; Sitzung des Trade and Tech Council bei Paris**

Der transatlantische „Trade and Tech Council“ (TTC) zwischen der EU und der US-Administration tagte am 15./16.05.2022 in Paris-Saclay. Nach dem ersten TTC am 29.09.2021 in Pittsburgh (USA) wurde dieses zweite Treffen von FRA als EU-Ratspräsidentschaft ausgerichtet. Es wurde eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, in der die EU und die USA den Krieg Russlands gegen die Ukraine scharf verurteilen, weitere gemeinsame Schritte im Bereich Digitalisierung und Handel vereinbaren, sowie bereits erzielte Ergebnisse des Dialoges darstellen. Die Rolle des TTC bei der Abstimmung der Reaktionen auf die russische Aggression gegen die Ukraine wird besonders hervorgehoben. Die Erklärung führt auch die Ergebnisse und weiteren Arbeitsprogramme der zehn TTC-Arbeitsgruppen in den Anhängen auf. Der TTC dient den USA und der EU als Forum, um sich in wichtigen globalen Handels-, Wirtschafts- und Technologiefragen zu koordinieren und die transatlantischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen auf der Grundlage gemeinsamer demokratischer Werte zu vertiefen. Den gemeinsamen Vorsitz führen die Exekutiv-Vizepräsidentin der Kommission, Margrethe Vestager, der Exekutiv-Vizepräsident und Handelskommissar Valdis Dombrovskis, US-Außenminister Antony Blinken, US-Handelsministerin Gina Raimondo und die US-Handelsbeauftragte Katherine Tai. Binnenmarktkommissar Thierry Breton nahm auch an der Sitzung teil. Der nächste TTC wird wieder in den USA stattfinden.

<https://circabc.europa.eu/ui/group/09242a36-a438-40fd-a7af-fe32e36cbd0e/library/14bf0332-62ee-411b-8c74-bea38cd79efb/details>

## V e r k e h r

### **Kommission; Schaffung von Solidaritätskorridoren zwischen der EU und der Ukraine und Beschluss über indikative Karten des transeuropäischen Verkehrsnetzes**

Die Kommission verabschiedete am 12.05.2022 einen Aktionsplan zur Schaffung von alternativen Verkehrswegen, sog. Solidaritätskorridoren, um den Export von ukrainischen landwirtschaftlichen Produkten, insbesondere Getreide, sowie den Import von benötigten Gütern zu erleichtern. Unter normalen Umständen werden 75% der jährlichen Getreideproduktion der Ukraine exportiert, wovon je ein Drittel für Europa, China und Afrika bestimmt ist. Insbesondere im Hinblick auf die globale Ernährungssicherheit kommt der Schaffung von Solidaritätskorridoren eine große Bedeutung zu. Der Aktionsplan umfasst dabei neben Notfalllösungen auch mittel- und langfristige Maßnahmen um eine bessere Verbindung und Integration der ukrainischen Infrastruktur mit der EU zu erreichen. Vor diesem Hintergrund hat die Kommission am 12.05.2022 einen Beschluss zur Unterzeichnung einer Vereinbarung mit der Ukraine angenommen, mit dem die Karten für das transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-V) im Rahmen der Ausdehnung des TEN-V auf die Nachbarländer aktualisiert werden.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52022DC0217&from=EN>  
[https://transport.ec.europa.eu/system/files/2022-05/C\\_2022\\_3204.pdf](https://transport.ec.europa.eu/system/files/2022-05/C_2022_3204.pdf)

## E n e r g i e

### **Rat; Verhandlungsmandat für den Vorschlag der Gasspeicherung vereinbart**

Die EU-Botschafter der Mitgliedstaaten (MS) legten am 11.05.2022 den Standpunkt des Rates über den Vorschlag zur Gasspeicherung fest (vgl. BaB 6/2022). Mit dem Vorschlag soll sichergestellt werden, dass die Gasspeicherkapazitäten in der EU vor dem nächsten Winter gefüllt werden und zwischen den MS geteilt werden können. In dem Verhandlungsmandat werden die Regeln für die unterirdische Gasspeicherung und die Möglichkeiten der Quantifizierung von Flüssigerdgasbeständen festgelegt. Dabei werden die Verpflichtungen auf einen bestimmten Umfang des jährlichen Gasverbrauchs der MS über die letzten fünf Jahre beschränkt, um unverhältnismäßige Auswirkungen auf MS mit großer Speicherkapazität zu verhindern. Der Rat legte dabei fest, dass die Befüllungsverpflichtungen am 31.12.2026 auslaufen sollen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/05/11/member-states-agree-on-negotiating-mandate-for-gas-storage-proposal/>

### **EuGH; Präzisierung der Kriterien zum Missbrauch marktbeherrschender Stellung im Zuge der weiteren Liberalisierung des Elektrizitätsmarkts in ITL**

Der EuGH setzte sich mit Urteil vom 12.05.2022 in der Rechtssache C-377/20 mit den Kriterien auseinander, nach denen das Verhalten eines etablierten Anbieters im Umfeld der Liberalisierung des Strommarkts wegen wettbewerbswidriger Wirkungen als Missbrauch einer beherrschenden Stellung durch Verdrängungspraktiken eingestuft werden kann. Er entschied, dass ein marktmissbräuchliches, innerhalb eines Konzernverbunds zurechenbares Verhalten, regelmäßig schon dann anzunehmen sei, wenn ein Monopolunternehmen seine Ressourcen entsprechend einsetze. Die nationale Wettbewerbsbehörde müsse dabei nicht nachweisen, dass diese Verhaltensweise darüber hinaus geeignet sei, den Verbrauchern einen unmittelbaren Schaden zuzufügen. Das betreffende Unternehmen könne jedoch dem Verbot der Behörde entgehen, indem es seinerseits nachweise, dass die

Verdrängungswirkung, die sich aus der fraglichen Verhaltensweise ergeben könnte, durch positive Auswirkungen auf die Verbraucher ausgeglichen oder sogar übertroffen würde.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-377/20>

### **Rat; grünes Licht für neue Vorschriften für grenzüberschreitende Energieinfrastruktur (TEN-E)**

Der Rat hat am 16.05.2022 die überarbeitete Verordnung über die transeuropäischen Energiegesetze (TEN-E) formell angenommen. Ziel der neuen Verordnung ist es, eine Modernisierung, Dekarbonisierung sowie Verknüpfung der grenzübergreifenden Energieinfrastrukturen in den Mitgliedstaaten, um die EU bei der Erreichung der Klimaneutralitätsziele für 2050 zu unterstützen. Neue Vorhaben sollen außerdem den Zielen der Marktintegration, der Wettbewerbsfähigkeit und der Versorgungssicherheit entsprechen. Mit den Vorschriften wird die Unterstützung für neue Erdgas- und Erdölvorhaben beendet und es werden verbindliche Nachhaltigkeitskriterien eingeführt. Die Genehmigungs- und Zulassungsverfahren sollen vereinfacht und beschleunigt werden. Der Schwerpunkt liegt auf Energien aus erneuerbaren Quellen, einschließlich intelligenter Gasnetze. Außerdem wird die Möglichkeit für eine unverbindliche Zusammenarbeit im Bereich der Offshore-Netzplanung geschaffen. Die Finanzierung der Vorhaben soll in den meisten Fällen durch die Fazilität „Connecting Europe“ 2021-2027 erfolgen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/05/16/ten-e-council-gives-green-light-to-new-rules-for-cross-border-energy-infrastructure/>

### **EU; Siebtes Jahresforum der EU-Strategie für die Region Adria-Ionisches Meer**

Am 16./17.05.2022 fand das siebte Jahresforum der EU-Strategie für die Region Adria-Ionisches Meer (EUSAIR) in Tirana (Albanien) statt. An dem zweitägigen Jahresforum nahm auch die Kommissarin für Kohäsion und Reformen Elisa Ferreira teil. Die im Oktober 2014 ins Leben gerufene EUSAIR umfasst eine Makroregion mit mehr als 70 Mio. Menschen in vier Mitgliedstaaten (KRO, GRI, ITL, SLO) sowie sechs Nicht-EU-Ländern (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien und San Marino), die zusammenarbeiten, um gemeinsame Herausforderungen zu bewältigen. Im Mittelpunkt des Forums standen u.a. die Fragen zu Energiesicherheit und Klimawandel, Verkehrspolitik, Investitionsmöglichkeiten in der Makroregion Adria-Ionisches Meer sowie die EU-Erweiterung in den westlichen Balkanstaaten. Um ihre Solidarität mit der Ukraine zum Ausdruck zu bringen, haben die Ministerinnen und Minister die „Erklärung von Tirana“ verabschiedet, in der die Invasion Russlands verurteilt wird und die EU aufgefordert wird, den Beitritt der westlichen Balkanländer zu beschleunigen.

[https://ec.europa.eu/regional\\_policy/en/newsroom/news/2022/05/16-05-2022-kick-off-of-the-7th-annual-forum-of-the-eu-strategy-for-the-adriatic-and-ionic-region](https://ec.europa.eu/regional_policy/en/newsroom/news/2022/05/16-05-2022-kick-off-of-the-7th-annual-forum-of-the-eu-strategy-for-the-adriatic-and-ionic-region)

### **Kommission; Plan zur raschen Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus Russland und zur Beschleunigung des ökologischen Wandels: REPowerEU**

Die Kommission hat am 18.05.2022 den REPowerEU-Plan beschlossen, mit dem sie auf die Belastungen und Störungen auf dem globalen Energiemarkt reagiert, die durch den Krieg in der Ukraine verursacht wurden. Der REPowerEU-Plan dient dazu, die Abhängigkeit der EU von fossilen Brennstoffen aus Russland zu beenden, die als wirtschaftliche und politische Waffe genutzt werden sowie den europäischen Steuerzahlern jährlich Kosten in Höhe von knapp 100 Mrd. EUR verursachen. Ferner trägt sie so zur Bewältigung der Klimakrise bei. Der Plan enthält u.a. auch das Ziel, bis zum Jahr 2030 10 Mio. Tonnen Wasserstoff aus erneuerbaren Quellen in der EU zu

erzeugen und 10 Mio. Tonnen erneuerbaren Wasserstoff zu importieren, um Erdgas, Kohle und Öl in schwer zu dekarbonisierenden Industrien und Verkehrssektoren zu ersetzen.

[https://energy.ec.europa.eu/document/download/2768374e-49e8-48a8-af16-f63a62ab7576\\_en?filename=COM\\_2022\\_230\\_1\\_EN\\_ACT\\_part1\\_v5.pdf](https://energy.ec.europa.eu/document/download/2768374e-49e8-48a8-af16-f63a62ab7576_en?filename=COM_2022_230_1_EN_ACT_part1_v5.pdf)

### **Kommission; Annahme EU-Strategie für ein auswärtiges Engagement im Energiebereich**

Im Wege einer Mitteilung hat die Kommission im Rahmen des REPowerEU-Plans am 18.05.2022 eine neue EU-Strategie für ein auswärtiges Engagement im Energiebereich vorgelegt. Die künftige Energieaußenpolitik der EU zielt auf Stärkung der Energiesicherheit, der Widerstandsfähigkeit und der offenen strategischen Autonomie der EU durch die Diversifizierung der Energieversorgung der EU sowie Förderung von Energieeinsparungen und –effizienz. Zudem geht es um die Beschleunigung des globalen grünen und gerechten Energiewandels, um eine nachhaltige, sichere und erschwingliche Energieversorgung für die EU und die Welt zu gewährleisten. Angesichts des russischen Angriffs will die EU die Ukraine, Moldau, die Länder des westlichen Balkans und der Östlichen Partnerschaft sowie die am stärksten gefährdeten Partner der EU unterstützen. Die Kommission will umfassendere Energiepartnerschaften fördern und dabei die Zusammenarbeit im Gasbereich mit einer langfristigen Energiekooperation in den Bereichen Wasserstoff, erneuerbare Gase (einschließlich Biomethan) und anderen grünen Energiequellen kombinieren. Die EU-Energiepolitik soll auch darauf abzielen, offene, flexible, liquide und gut funktionierende globale Flüssigerdgas-Märkte zu gewährleisten und dabei sowohl mit den wichtigsten Erzeuger- (USA, Australien, Katar, Nigeria, Ägypten usw.) als auch Verbraucherländern (China, Japan, Korea) zusammenarbeiten. Es geht zudem u.a. um die Gewährleistung der raschen Operationalisierung der EU-Energieplattform und ihrer regionalen Plattformen.

[https://energy.ec.europa.eu/joint-communication-eu-external-energy-engagement-join202223\\_de](https://energy.ec.europa.eu/joint-communication-eu-external-energy-engagement-join202223_de)

### **Kommission; Vorschlag für eine Verordnung des EP und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/241 in Bezug auf REPowerEU-Kapitel in Konjunktur- und Resilienzplänen und zur Änderung der Verordnung 2021/1060, 2021/2115, 2003/87/EG und des Beschlusses 2015/1814**

Am 18.05.2022 beschloss die Kommission im Rahmen des REPowerEU-Plans, gezielte Änderungen des Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF), der im Zentrum des REPowerEU-Plans steht, eine koordinierte Planung und Finanzierung grenzüberschreitender sowie nationaler Infrastrukturen und von Energieprojekten und -reformen unterstützen soll. Die Kommission schlägt Änderungen der Verordnung über die ARF vor, um neben den zahlreichen relevanten Reformen und Investitionen, die bereits in den Aufbau- und Resilienzplänen enthalten sind, spezielle REPowerEU-Kapitel in die bestehenden Aufbau- und Resilienzpläne der Mitgliedstaaten aufzunehmen. Die länderspezifischen Empfehlungen im Zyklus des Europäischen Semesters 2022 werden in diesen Prozess einfließen.

[https://ec.europa.eu/info/system/files/com-2022-231\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/info/system/files/com-2022-231_en.pdf)

### **Kommission; Mitteilung über Energieeinsparung**

Am 18.05.2022 schlug die Kommission im Rahmen des REPowerEU-Plans vor, die langfristigen Energieeffizienzmaßnahmen zu verbessern, dies umfasst auch eine Anhebung des verbindlichen Energieeffizienzziels der Rechtsvorschriften zum europäischen Grünen Deal von 9% auf 13%. Energieeinsparungen können laut Kommission helfen, Europa auf die potenziellen Herausforderungen des nächsten



Winters vorzubereiten. Die Mitteilung der Kommission über Energieeinsparungen, umfasst auch Darlegungen von kurzfristige Verhaltensänderungen, durch die die Gas- und Ölnachfrage um 5% gesenkt werden könnte, und in der die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, spezifische Kommunikationskampagnen für Haushalte und Industrie zu starten.

[https://energy.ec.europa.eu/document/download/cd69defc-8f7b-43ad-8a4b-74332c91f99d\\_en?filename=COM\\_2022\\_240\\_1\\_EN\\_ACT\\_part1\\_v8\\_amended\\_clear.pdf](https://energy.ec.europa.eu/document/download/cd69defc-8f7b-43ad-8a4b-74332c91f99d_en?filename=COM_2022_240_1_EN_ACT_part1_v8_amended_clear.pdf)

### **Kommission; Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien**

Am 18.05.2022 legte die Kommission im Rahmen des REPowerEU-Plans eine Empfehlung vor, um das Problem der langsamen und komplexen Genehmigungsverfahren für große Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien und eine gezielte Änderung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie anzugehen, damit erneuerbare Energien als Bereich von überwiegend öffentlichem Interesse anerkannt werden. Beides ist notwendig, damit das Kernziel für 2030 für erneuerbare Energien im Rahmen des Pakets „Fit für 55“ von 40% auf 45% erreicht werden kann. Die Mitgliedstaaten sollen, so der Wunsch der Kommission, spezielle Vorranggebiete für erneuerbare Energien einrichten, d. h. Gebiete mit geringeren Umweltrisiken und mit verkürzten und vereinfachten Genehmigungsverfahren. Um solche Vorranggebiete rasch zu ermitteln, stellt die Kommission Datensätze zu ökologisch gefährdeten Gebieten im Rahmen ihres digitalen Kartierungsinstruments für geografische Daten im Zusammenhang mit Energie, Industrie und Infrastruktur zur Verfügung.

[https://energy.ec.europa.eu/proposal-amend-directive-res-promotion-and-epbd-com2022222\\_de](https://energy.ec.europa.eu/proposal-amend-directive-res-promotion-and-epbd-com2022222_de)

[https://energy.ec.europa.eu/document/download/98a9b587-4491-480c-be75-af72f1a6cad6\\_en?filename=C\\_2022\\_3219\\_1\\_EN\\_ACT\\_part1\\_v6.pdf](https://energy.ec.europa.eu/document/download/98a9b587-4491-480c-be75-af72f1a6cad6_en?filename=C_2022_3219_1_EN_ACT_part1_v6.pdf)

[https://joint-research-centre.ec.europa.eu/energy-and-industry-geography-lab\\_en](https://joint-research-centre.ec.europa.eu/energy-and-industry-geography-lab_en)

### **Kommission; EU-Solarstrategie**

Am 18.05.2022 legte die Kommission im Rahmen des REPowerEU-Plans eine Solarstrategie der EU zur Verdopplung der photovoltaischen Leistung bis 2025 und zur Installation von 600 GW bis 2030 vor. Die Strategie hat die Beschleunigung des Ausbaus von Solardachanlagen zum Ziel und ist mit der schrittweisen Einführung einer rechtlichen Verpflichtung zur Installation von Solarpaneelen auf neuen öffentlichen und gewerblichen Gebäuden sowie auf neuen Wohngebäuden verbunden. Außerdem geht dieses einher mit der Verdopplung des Tempos bei der Einführung von Wärmepumpen und Maßnahmen zur Integration geothermischer und solarthermischer Energie in modernisierte Fernwärmesystemen.

[https://energy.ec.europa.eu/document/download/c1341b53-afa8-46f0-8eee-cedaf358752f\\_en?filename=COM\\_2022\\_221\\_2\\_EN\\_ACT\\_part1\\_v7.pdf](https://energy.ec.europa.eu/document/download/c1341b53-afa8-46f0-8eee-cedaf358752f_en?filename=COM_2022_221_2_EN_ACT_part1_v7.pdf)

[https://energy.ec.europa.eu/document/download/3fcfceeb-aa12-4e9e-aaaa-411f76a19f81\\_en?filename=COM\\_2022\\_221\\_1\\_EN\\_annexe\\_autre\\_acte\\_part1\\_v7.pdf](https://energy.ec.europa.eu/document/download/3fcfceeb-aa12-4e9e-aaaa-411f76a19f81_en?filename=COM_2022_221_1_EN_annexe_autre_acte_part1_v7.pdf)

### **Kommission; Strommarktdesign**

Am 18.05.2022 veröffentlichte die EU-Kommission im Rahmen des REPowerEU-Plans die Mitteilung über kurzfristige Energiemarktinterventionen und langfristige Verbesserungen der Strommarktgestaltung – Die Mitteilung hat folgende Ziele: Neue kurzfristige Maßnahmen über die bislang in der Toolbox genannten Gegenmaßnahmen und Hilfeleistungen hinaus. Außerdem Identifizierung möglicher Maßnahmen für den Fall einer Unterbrechung der Gaslieferungen aus Russland inklusive einer potentiellen Einführung einer EU-weiten Gaspreisobergrenze. Ferner

werden Wege zur Optimierung der Funktionsweise des europäischen Elektrizitätsmarkts, etwa Kapazitätsmechanismen oder standörtliche Preisbildung, aufgezeigt.

[https://energy.ec.europa.eu/document/download/a095c50f-4ddb-4a4e-8d3a-3ad6b51b213f\\_en?filename=COM\\_2022\\_236\\_1\\_EN\\_ACT\\_part1\\_v7\\_0.pdf](https://energy.ec.europa.eu/document/download/a095c50f-4ddb-4a4e-8d3a-3ad6b51b213f_en?filename=COM_2022_236_1_EN_ACT_part1_v7_0.pdf)

### **Kommission; EU Aktionsplan Biomethan**

Am 18.05.2022 veröffentlichte die EU-Kommission im Rahmen des REPowerEU-Plans im Wege eines Staff Working Documents einen Aktionsplan Biomethan. Die Steigerung der nachhaltigen Biomethanproduktion auf 35 Mrd. m<sup>3</sup> bis 2030 ist aus Sicht der Kommission ein kosteneffizienter Weg, um die Importe von Erdgas aus Russland zu reduzieren. Zur Steigerung der Kapazität der Biogasproduktion in der EU zu erhöhen und ihre Umwandlung in Biomethan zu fördern, wird der Investitionsbedarf von der Kommission auf 37 Mrd. EUR für den Zeitraum bis 2030 beziffert.

[https://energy.ec.europa.eu/implementing-repowereu-plan-swd\\_en](https://energy.ec.europa.eu/implementing-repowereu-plan-swd_en)

## Digital

### **EP, Rat; Trilog zum Vorschlag für ein Politikprogramm „Digitale Dekade“**

Der Rat und das EP haben ihre Positionen zum Kommissionsvorschlag vom 15.09.2021 für das Politikprogramm „Digitale Dekade 2030“ (vgl. BaB 17/2021) erarbeitet. Das Politikprogramm soll die Ziele der EU für die digitale Transformation bis 2030 umsetzen. Es definiert dafür einen Kooperationsmechanismus zwischen Kommission und Mitgliedstaaten zur Zielerreichung. Die EU-Botschafter der Mitgliedstaaten haben am 11.05.2022 die Position des Rates festgelegt und dem Vorsitz das Mandat erteilt, mit dem EP Verhandlungen aufzunehmen (sog. Trilog). Der Rat hat u.a. den Zyklus des Kooperationsmechanismus zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten von jährlich auf alle zwei Jahre gestreckt. Das soll den Verwaltungsaufwand verringern. Die Kommission soll aber ungeachtet dessen ihren Bericht über den Stand der Digitalen Dekade jährlich vorlegen. Der EP-Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) hat am 17.05.2022 seinen Bericht angenommen (74:1:1), und seinen Verhandlungsführern ebenfalls ein Mandat für den Trilog erteilt. Das EP fordert u.a., ein weiteres Ziel für 2030 zu definieren: Die EU soll bis dahin über eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Cloud-Struktur für Daten verfügen. Weiter will es seine Rolle im Kooperationsmechanismus stärken; auch will es anders als der Rat an einem jährlichen Kooperationszyklus festhalten. Das EP-Plenum muss noch zustimmen; danach können die Institutionen im Trilog über einen Kompromiss verhandeln.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20220516IPR29661/meps-back-path-to-the-digital-decade-roadmap-for-2030>

### **Kommission; 5G – Bericht über die Sicherheit von Open RAN**

Die Kommission hat am 11.05.2022 einen gemeinsam mit den Mitgliedstaaten und ENISA, der EU-Agentur für Cybersicherheit, erarbeiteten Bericht über die Cybersicherheit von offenen Funkzugang Netzwerken (sog. Open Radio Access Networks, RAN) veröffentlicht. Diese neue Art der 5G-Netzarchitektur wird in den kommenden Jahren eine Alternative für die Bereitstellung des Funkzugangssteils von 5G-Netzen auf der Grundlage offener Schnittstellen bieten. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass Open RAN potenzielle Sicherheitschancen bietet, sofern bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Denn durch eine größere Interoperabilität zwischen RAN-Komponenten verschiedener Anbieter könnte Open RAN eine stärkere Diversifizierung der Anbieter

innerhalb von Netzen in demselben geografischen Gebiet ermöglichen. Es wird aber auch darauf hingewiesen, dass das Open-RAN-Konzept noch nicht ausgereift ist, und die Cybersicherheit derzeit noch eine große Herausforderung darstellt. Insbesondere auf kurze Sicht verschärfe Open RAN durch die zunehmende Komplexität der Netze eine Reihe von Sicherheitsrisiken. Für die Kommission ist der Bericht ein weiterer wichtiger Schritt in der Koordination der Maßnahmen zur Cybersicherheit von 5G-Netzen in der EU. Die Initiative zu den Sicherheitsauswirkungen von Open RAN knüpft an die bereits erarbeitete EU-Toolbox für 5G-Cybersicherheit an.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/cybersecurity-open-radio-access-networks>

## F o r s c h u n g

### **Kommission; Horizont Europa; neues Arbeitsprogramm**

Am 10.05.2022 hat die Kommission das revidierte Arbeitsprogramm von Horizont Europa für 2021-2022 verabschiedet. Durch die Änderungen werden neue Forschungsausschreibungen im Forschungsrahmenprogramm ermöglicht. Vorgesehen ist insbesondere, die sog. EU-Missionen in den Bereichen Green Deal, Gesundheit und Digitalisierung voranzubringen sowie weitere Maßnahmen zur Stärkung des Innovationsökosystems durchzuführen. Die Mittel werden im bereits vorgesehenen Rahmen der siebenjährigen Förderperiode laut Kommission um insgesamt rund 562 Mio. EUR erhöht. Angesichts der Invasion Russlands in die Ukraine umfasst die Änderung auch Maßnahmen zur Unterstützung von Forschenden, die zuvor in der Ukraine tätig waren. Im Rahmen des neuen Programms MSCA4Ukraine, das zu den etablierten Marie-Skłodowska-Curie-Maßnahmen der Mobilitätsförderung zählt, wird vertriebenen Forschenden aus der Ukraine durch ein Programm in Höhe von 25 Mio. EUR die Möglichkeit gegeben, ihre Arbeit in einer akademischen oder nichtakademischen Aufnahmeorganisation in den Mitgliedstaaten oder in mit Horizont Europa assoziierten Ländern fortzusetzen. Weitere Änderungen am Arbeitsprogramm und somit neue Förderaufrufe werden die Bereiche Start-Up-Unterstützung zugunsten von Frauen und den Bereich Kultur und Kreativität sowie Demokratieforschung umfassen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_22\\_2843](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2843)

### **Kommission; Forschung; Marie-Curie-Ausschreibungen; Horizont Europa**

Die Kommission hat am 12.05.2022 eine neue Runde von Ausschreibungen im Rahmen der Marie-Skłodowska-Curie-Maßnahmen (MSCA) eingeleitet. Mit den Marie-Skłodowska-Curie-Maßnahmen unterstützt die Kommission im Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa nach einem wettbewerblichen Verfahren hochqualifizierte Forschende. Im Rahmen der ersten Aufforderung werden in diesem Jahr 427 Mio. EUR für die Unterstützung neuer Promotionsprogramme zur Verfügung gestellt, mit denen Forscherinnen und Forscher im akademischen Bereich und in anderen Sektoren, einschließlich Industrie und Unternehmen, ausgebildet werden (MSCA-Doktoranden-Netzwerke). Einreichungsfrist ist 15.11.2022. Im Rahmen der zweiten Ausschreibung werden insgesamt 257 Mio. EUR für Stipendien an exzellente Postdoktoranden vergeben, die damit die Möglichkeit erhalten, an Pionierforschungsprojekten in allen Disziplinen zu arbeiten. Frist für dieses Programm ist 14.09.2022. Die MSCA sind fester Bestandteil der Mobilitätsförderung in Horizont Europa und ein renommiertes Förderprogramm der EU.

[https://germany.representation.ec.europa.eu/news/kommission-startet-zwei-neue-aufforderungen-zu-mobilitat-und-karriereentwicklung-von-forschenden-2022-05-12\\_de](https://germany.representation.ec.europa.eu/news/kommission-startet-zwei-neue-aufforderungen-zu-mobilitat-und-karriereentwicklung-von-forschenden-2022-05-12_de)

### **Kommission; Forschung; Partnerschaften; Horizont Europa;**

Am 16.05.2022 hat die Kommission einen Bericht zu den sog. Partnerschaften vorgelegt, die im Rahmen des Forschungsrahmenprogramms in der zweiten Säule von Horizont Europa verfolgt werden. Partnerschaften sind für die Kommission wichtige Umsetzungsinstrumente von Horizont Europa und tragen wesentlich zur Verwirklichung der politischen Prioritäten der EU bei. Es handelt sich um Initiativen, bei denen sich die EU zusammen mit privaten und/oder öffentlichen Partnern (wie der Industrie, öffentlichen Einrichtungen oder Stiftungen) verpflichtet, Programme für Forschungs- und Innovationstätigkeiten zu unterstützen. Der vorgelegte Bericht gibt einen Überblick über die neue Partnerschaftslandschaft und schafft die Grundlage für die Bewertung der diesbezüglichen Fortschritte in künftigen Berichten, die alle zwei Jahre erscheinen werden. Der Bericht zeigt laut Kommission auf, dass Partnerschaften einen wichtigen Beitrag sowohl zum digitalen als auch zum grünen Wandel, zur Widerstandsfähigkeit und zur Erreichung der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung leisten. Die Kommission hält in dem Bericht fest, dass der Anteil der von den Partnerschaften geplanten Mitteln, die zu diesen Zielen beitragen sollen, in Horizont Europa deutlich höher ist als im Vorgängerprogramm Horizont 2020. Die Partnerschaften böten laut Kommission ein deutliches Potenzial für Synergien und Zusammenarbeit zwischen den Partnerschaften in den verschiedenen Horizon-Clustern und mit anderen politischen Instrumenten auf EU- und nationaler Ebene. Die Kommission hat dabei mehrere Parameter bzw. Indikatoren zur Messbarkeit des Erfolgs der Partnerschaften zugrunde gelegt, wie etwa die Aspekte Transparenz der Partnerschaften und Synergien (hinsichtlich gemeinsamer anderer Förderinstrumente).

[https://ec.europa.eu/info/news/first-report-performance-european-partnerships-under-horizon-europe-2022-may-16\\_en](https://ec.europa.eu/info/news/first-report-performance-european-partnerships-under-horizon-europe-2022-may-16_en)

### **Kommission; Forschung; Partnerschaft Global Health; Gesundheitsforschung**

Am 10.05.2022 hat die Kommission eine Auftaktveranstaltung zur neuen Partnerschaft „Global Health EDCTP 3“ ausgerichtet, die im Rahmen des EU-Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa durchgeführt wird. In diesem Zuge wurde das Global-Health-Arbeitsprogramm mit Förderausschreibungen veröffentlicht. Diese Partnerschaft (rechtlich ein „Gemeinsames Unternehmen“) wird von der EU gemeinsam mit europäischen und afrikanischen Staaten sowie weiteren Partnern wie etwa der Gates Stiftung durchgeführt. Die Partnerschaft ist vollständig in den hochrangigen politischen Dialog zwischen Afrikanischer Union (AU) und der EU über Wissenschaft, Technologie und Innovation eingebettet. Sie soll neue Lösungen zur Verringerung der Belastung durch Infektionskrankheiten in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara liefern und Forschungskapazitäten zur Vorbereitung und Reaktion auf neu auftretende Infektionskrankheiten in dieser Region und weltweit stärken. Bis 2030 soll die Partnerschaft Technologien zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten entwickeln und einsetzen sowie mindestens 100 Forschungsinstitute in 30 Ländern bei der Entwicklung zusätzlicher Gesundheits-technologien gegen Infektionskrankheiten unterstützen. Ziel ist es, die Bereitstellung von Erkenntnissen für fundierte gesundheitspolitische Maßnahmen und Leitlinien innerhalb der öffentlichen Gesundheitssysteme in Subsahara-Afrika und auf internationaler Ebene, aber auch die Stärkung der klinischen Forschungskapazitäten in Subsahara-Afrika, um rasch auf aufkommende Epidemien zu reagieren.

## Finanzdienstleistungen

### **EuGH; Abwicklung der Banco Espírito Santo ist mit dem Eigentumsrecht vereinbar**

Der EuGH entschied mit Urteil vom 05.05.2022 in der Rechtssache C-83/20, BPC Lux 2 u. a., dass die nationale Regelung, auf deren Grundlage die Maßnahme zur Abwicklung der Banco Espírito Santo erging, mit Art. 17 Abs. 1 der Charta der Grundrechte der EU vereinbar ist. Ferner entscheidet er, dass die nur teilweise Umsetzung bestimmter Vorschriften einer Richtlinie durch einen Mitgliedstaat vor Ablauf der Frist für ihre Umsetzung die Verwirklichung des von ihr vorgeschriebenen Ergebnisses grundsätzlich nicht ernstlich gefährden kann. Des Weiteren kommt der EuGH zu dem Ergebnis, dass eine Abwicklungsmaßnahme, die im Einklang mit einer nationalen Regelung wie der hier in Rede stehenden erlassen wurde, keine Entziehung des Eigentums im Sinne von Art. 17 Abs. 1 Satz 2 der Charta darstellt. Die Abwicklungsmaßnahme sah nämlich keine Wegnahme oder förmliche Enteignung der betreffenden Anteile oder Anleihen vor. Insbesondere wurden durch die Maßnahme die Rechte an den Anteilen oder Anleihen ihren Inhabern nicht zwangsweise, vollständig und endgültig entzogen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=168316DA9A59AE91752E66ECF9C176EF?text=&docid=258867&pageIndex=0&doclang=DE&mode=Ist&dir=&occ=first&part=1&cid=296>

### **Kommission; Öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der EU-Regeln für Zahlungsdienste**

Mit der am 10.05.2022 eingeleiteten öffentlichen Konsultation können interessierte Kreise ihre Meinungen dazu kundtun, ob die überarbeitete Zahlungsdiensterichtlinie (PSD2) ihre Ziele erreicht hat und ob Änderungen erforderlich sind. Die Richtlinie ist die Grundlage für die Zahlungsvorschriften in der EU und enthält Vorschriften, um Online-Zahlungsdienste einfacher und sicherer zu machen, innovative Zahlungsdienste zu fördern, die Rechte der Nutzerinnen und Nutzer zu stärken und sie vor Betrug und Missbrauch zu schützen. Die öffentliche Konsultation läuft für 12 Wochen.

[https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-kommission-startet-offentliche-konsultation-zur-uberarbeitung-der-eu-regeln-fur-zahlungsdienste-2022-05-10\\_de](https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-kommission-startet-offentliche-konsultation-zur-uberarbeitung-der-eu-regeln-fur-zahlungsdienste-2022-05-10_de)

### **Rat; EP; Einigung über EU-Rahmen für Cyber-Resilienz in Finanzunternehmen (DORA)**

Am 10.05.2022 erzielten Rat und das EP eine vorläufige Einigung über den EU-Rahmen für Cyber-Resilienz in Finanzunternehmen (DORA). Mit den neuen Regeln soll sichergestellt werden, dass der Finanzsektor in Europa in der Lage ist, seine Operationen auch bei einer schwerwiegenden Betriebsstörung aufrechtzuerhalten. DORA legt einheitliche Anforderungen an die Sicherheit von Netzwerken und Informationssystemen von Unternehmen und Organisationen des Finanzsektors sowie von kritischen Dritten fest, die ihnen IKT (Informations- und Kommunikationstechnologien) -bezogene Dienste zur Verfügung stellen, wie etwa Cloud-Plattformen oder Datenanalysedienste. DORA schafft einen Rechtsrahmen für die digitale operationelle Widerstandsfähigkeit, wobei alle Unternehmen sicherstellen müssen, dass sie allen Arten von IKT-bezogenen Störungen und Bedrohungen

standhalten, auf sie reagieren und sich von ihnen erholen können. Diese Anforderungen sind in allen Mitgliedstaaten einheitlich. Das Hauptziel besteht darin, Cyber-Bedrohungen zu verhindern bzw. abzuschwächen. Nach der vorläufigen Einigung werden die neuen Vorschriften einen sehr robusten Rahmen bilden, der die IT-Sicherheit des Finanzsektors erhöht. Die von den Finanzunternehmen verlangten Anstrengungen werden im Verhältnis zu den potenziellen Risiken stehen.

[https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/05/11/digital-finance-provisional-agreement-reached-on-dora/?utm\\_source=dsms-auto&utm\\_medium=email&utm\\_campaign=Digital+finance:+Provisional+agreement+reached+on+DORA](https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/05/11/digital-finance-provisional-agreement-reached-on-dora/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Digital+finance:+Provisional+agreement+reached+on+DORA)

### **Kommission; Gezielte Konsultation zum Open Finance Framework und zum Datenaustausch im Finanzsektor**

Mit der am 10.05.2022 eingeleiteten gezielten Konsultation zum Open Finance Framework und zum Datenaustausch im Finanzsektor will die Kommission Fakten und Meinungen der Interessengruppen zu verschiedenen Aspekten im Zusammenhang mit dem aktuellen Stand und der weiteren Entwicklung zum Open Finance Framework in der EU und dem Verbraucherschutz sammeln. Sie berücksichtigt und ergänzt auch die laufenden Arbeiten der Expertengruppe zum europäischen Finanzdatenraum. Darüber hinaus bittet die gezielte Konsultation die Interessengruppen um ihre Meinung zur Nutzung aggregierter Aufsichtsdaten für Forschung und Innovation sowie zu allgemeineren Fragen des Datenaustauschs zwischen Finanzunternehmen zu Zwecken der Risikoüberwachung oder der Einhaltung von Vorschriften. Die Konsultation läuft bis zum 05.07.2022.

[https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/business\\_economy\\_euro/banking\\_and\\_finance/documents/2022-open-finance-consultation-document\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/business_economy_euro/banking_and_finance/documents/2022-open-finance-consultation-document_en.pdf)

### **Kommission; Stärkung der Verbraucherrechte bei Online-Finanzdienstleistungsverträgen**

Die Kommission hat am 11.05.2022 eine Reform der geltenden EU-Vorschriften über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen für Verbraucherinnen und Verbraucher vorgeschlagen. Der Vorschlag soll Verbraucherrechte stärken und grenzüberschreitende Finanzdienstleistungen im Binnenmarkt fördern. Vorgesehen sind eine einfachere Wahrnehmung des 14-tägigen Widerrufsrechts bei Fernabsatzverträgen für Finanzdienstleistungen, klarere Vorschriften darüber, wie und wann welche vorvertraglichen Informationen bereitzustellen sind, sowie erweiterte Regelungen zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher beim Abschluss von Finanzdienstleistungsverträgen im Internet.

[https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/2\\_1\\_189477\\_prop\\_dis\\_de.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/2_1_189477_prop_dis_de.pdf)

## **F i n a n z e n**

### **ESM; Vorschlag für eine neue Fiskalkapazität**

Der Europäische Stabilitätsmechanismus für die Länder des EUR-Währungsgebietes (ESM) hat am 05.05.2022 ein Diskussionspapier zu einem Vorschlag für einen fiskalischen Stabilisierungsmechanismus veröffentlicht. Der darlehensbasierte Fonds mit einem Volumen von 250 Mrd. EUR soll EUR-Staaten besser gegen unverschuldete Krisen absichern, die von der gemeinsamen Geldpolitik und der nationalen Finanzpolitik nicht angemessen bewältigt werden können. Die Notwendigkeit dazu – so die Autoren des Vorschlags – sei noch dringlicher geworden. Der fiskalische und monetäre Spielraum sei zwei Jahre nach der Pandemie begrenzt, die

Wahrscheinlichkeit externer Schocks sei aufgrund des Krieges in der Ukraine und des Klimawandels real und es bestehe die Möglichkeit tieferer künftiger Rezessionen.

[https://www.esm.europa.eu/system/files/document/2022-05/ESM\\_DP\\_20.docx.pdf](https://www.esm.europa.eu/system/files/document/2022-05/ESM_DP_20.docx.pdf)

### **Kommission; Vorschlag zur steuerlichen Förderung der Eigenkapitalfinanzierung**

Die Kommission hat am 11.05.2022 eine Richtlinie vorgeschlagen, mit der die steuerliche Behandlung von Eigenkapital und Fremdkapital angeglichen werden soll. Dadurch soll die Verschuldung von Unternehmen gesenkt werden und Unternehmen der Anreiz genommen werden, neue Investitionen durch Kreditaufnahme anstatt durch eine Kapitalerhöhung zu finanzieren. Konkret ist auf der einen Seite geplant, dass neues Eigenkapital steuerlich abzugsfähig sein soll und somit der Steueraufwand von Unternehmen gesenkt werden kann. Der Abzug wird berechnet, indem man vom Eigenkapital das Eigenkapital des Vorjahres abzieht und die Differenz mit einem fiktiven Zinssatz multipliziert. Es wird also nur neues Eigenkapital berücksichtigt. Auf der anderen Seite soll eine Schlechterstellung der Abzugsfähigkeit von Fremdkapitalzinsen erfolgen. Hiernach sollen Zinsaufwendungen, soweit sie die Zinserträge übersteigen (Netto-Zinsaufwand), nur noch höchstens zu 85% abzugsfähig sein. [https://ec.europa.eu/taxation\\_customs/system/files/2022-05/COM\\_2022\\_216\\_1\\_EN\\_ACT\\_part1\\_v6.pdf](https://ec.europa.eu/taxation_customs/system/files/2022-05/COM_2022_216_1_EN_ACT_part1_v6.pdf)

### **Kommission; Schwächere Wachstumsaussichten für 2022 und 2023 prognostiziert**

Nach der am 16.05.2022 veröffentlichten Frühjahrsprognose der Kommission wird das Wirtschaftswachstum der EU aufgrund des kombinierten Effekts der Wiedereröffnung nach dem Lockdown und der politischen Maßnahmen zur Förderung des Wachstums während der Pandemie positiv bleiben. Sowohl für die EU als auch für den Euroraum wird ein reales BIP-Wachstum von 2,7% im Jahr 2022 und 2,3% im Jahr 2023 erwartet. In der Winterprognose wurde noch von einem Wachstum in Höhe von 4,0% und 2,8% (4,0% bzw. 2,7% für den Euroraum) ausgegangen. Für DEU erwartet die Kommission im Jahr 2022 ein Wachstum von 1,6% und für 2023 2,4%. Für den Euroraum wird eine Inflation von 6,1% im Jahr 2022 erwartet, die dann im Jahr 2023 auf 2,7% sinken dürfte. In der EU wird die Inflation voraussichtlich auf 6,8% im Jahr 2022 steigen und dann im Jahr 2023 auf 3,2% sinken. Die Arbeitslosenquote wird voraussichtlich weiter auf 6,7% in diesem Jahr bzw. 6,5% im Jahr 2023 in der EU zurückgehen. Für den Euroraum wird 7,3% bzw. 7,0% in den Jahren 2022 und 2023 prognostiziert. Für DEU rechnet die Kommission im Jahresdurchschnitt 2022 mit 6,5% und für 2023 mit 3,1%. Den Prognosen zufolge wird das Defizit in der EU von 4,7% des BIP im Jahr 2021 auf 3,6% des BIP im Jahr 2022 und auf 2,5% des BIP im Jahr 2023 zurückgehen (3,7% bzw. 2,5% im Euroraum). Die Gesamtschuldenquote der EU im Jahr 2022 dürfte auf rund 87% und im Jahr 2023 auf 85% (95% bzw. 93% im Euroraum) zurückgehen und damit weiterhin über dem Niveau vor der COVID-19-Krise bleiben.

[https://ec.europa.eu/info/system/files/economy-finance/ip173\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/info/system/files/economy-finance/ip173_en.pdf)

### **Kommission; Vertragsverletzungsverfahren aufgrund Steuervorschriften zu Riester-Verträgen**

Die Kommission hat am 19.05.2022 beschlossen, ein Aufforderungsschreiben an DEU zu richten, wonach das Land seine Steuervorschriften zu Verträgen der zusätzlichen Altersvorsorge zu ändern habe. In DEU ansässige Personen, die in einem anderen EU-/EWR-Land beschäftigt sind, erhalten gemäß diesen Vorschriften für Verträge der zusätzlichen Altersvorsorge, die nach dem 01.01.2010 abgeschlossen wurden, keine Altersvorsorgezulage und können die Beiträge steuerlich nicht als Sonderausgaben absetzen. Derzeit können nur Personen, die in der deutschen gesetzlichen

Rentenversicherung versichert sind, diese Vergünstigungen in Anspruch nehmen. Grundsätzlich muss ein Arbeitnehmer im Sozialversicherungssystem eines einzigen Mitgliedstaats (MS) – in der Regel des MS seiner Beschäftigung – versichert sein. Ein in DEU wohnhafter Arbeitnehmer, der in einem anderen MS arbeitet, unterliegt daher den Sozialversicherungsvorschriften dieses MS und kann nicht wählen, in die deutsche gesetzliche Rentenversicherung einzuzahlen. Er kann sich jedoch für eine zusätzliche Altersvorsorge in DEU in Form eines Rentensparvertrags entscheiden. Allerdings kann dieser Arbeitnehmer, dessen im Ausland erwirtschafteten Einkünfte in DEU besteuert werden, die oben genannten Vergünstigungen für diesen Vertrag nicht in Anspruch nehmen. Die deutschen Vorschriften scheinen daher die in Artikel 45 AEUV und Artikel 28 des EWR-Abkommens verankerte Arbeitnehmerfreizügigkeit einzuschränken. Kommt DEU der Aufforderung nicht binnen zwei Monaten in zufriedenstellender Weise nach, kann die Kommission eine mit Gründen versehene Stellungnahme an die deutschen Behörden übermitteln.

[https://germany.representation.ec.europa.eu/news/vertragsverletzungsverfahren-kommission-leitet-drei-fallen-rechtliche-schritte-gegen-DEU-ein-2022-05-19\\_de](https://germany.representation.ec.europa.eu/news/vertragsverletzungsverfahren-kommission-leitet-drei-fallen-rechtliche-schritte-gegen-DEU-ein-2022-05-19_de)

## Soziales

### **Kommission; Junge Europäer bringen sich stärker ein**

Die Kommission hat am 06.05.2022 ihre Eurobarometer-Blitzumfrage zu den Themen Jugend und Demokratie veröffentlicht. Diese wurde vom 22.02.-04.03.2022 im Rahmen des Europäischen Jahres der Jugend 2022 durchgeführt. An der repräsentativen Stichprobe haben 26.178 junge Menschen im Alter von 15 bis 30 Jahren aus allen Mitgliedstaaten teilgenommen. Die Umfrage hat gezeigt, dass das Engagement unter jungen Menschen gestiegen ist, so bringen sich rund 58% aktiv in die Gesellschaft ein. Das sind rund 17% mehr als noch bei der letzten Eurobarometer-Umfrage aus dem Jahr 2019. Für rund 72% der Befragten ist es von Bedeutung, dass die Entscheidungsträgerinnen und -träger vermehrt auf ihr Anliegen eingehen und dementsprechend handeln sowie sie in ihrer persönlichen, gesellschaftlichen und beruflichen Entwicklung unterstützen. Aufgrund des Ukraine-Krieges stellen sich Friedenssicherung sowie internationale Kooperationen ebenfalls als zentrale Themen unter den Befragten heraus, gefolgt von besseren Jobchancen sowie der Bekämpfung von sozialer Ungleichheit und des Klimawandels. Als zentralen Bestandteil des Europäischen Jahres der Jugend 2022 startet die Kommission eine neue Online-Plattform „Voice your vision“, auf der sich junge Menschen Gehör verschaffen können, um an der Entscheidungsfindung teilzuhaben. Daneben sollen im Europäischen Jahr der Jugend politische Gespräche zwischen Mitgliedern der Kommission und jungen Menschen stattfinden.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\\_22\\_2774](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_2774)

### **Kommission präsentiert Maßnahmenpaket für Kinderrechte**

Am 11.05.2022 präsentierte die Kommission ein Maßnahmenpaket für Kinderrechte. Das Maßnahmenpaket dient zur Umsetzung der am 24.03.2021 vorgestellten EU-Kinderrechtsstrategie, einem sozialpolitischen Schwerpunktthema der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Der Vorschlag der Kommission sieht neue EU-Rechtsvorschriften zur Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet (einschließlich der Errichtung eines EU-Zentrums zur Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern) sowie eine EU-Strategie zum Schutz von Kindern bei digitalen Diensten vor. Laut Kommission sei sexueller Missbrauch von Kindern allgegenwärtig, allein im Jahr 2021 seien weltweit



85 Mio. Bilder und Videos mit Darstellungen von sexuellem Kindesmissbrauch gemeldet worden. Zudem bedürfe das heutige digitale Umfeld auch eine altersgerechte Mediengestaltung für Kinder, die auch den besonderen Schutzanforderungen Rechnung trage.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_22\\_2976](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2976)

### **Kommission; Partnerschaft zur Stärkung der Sozialwirtschaft ins Leben gerufen**

Am 06.05.2022 wurde auf Initiative der Kommission eine Partnerschaft zur Stärkung der Sozialwirtschaft ins Leben gerufen. Dem Netzwerk gehören Organisationen für Sozialwirtschaft, Direktinvestoren, Anbieter von Mikrofinanzierungen, genossenschaftliche Banken, Anbieter von beruflicher Aus- und Weiterbildung sowie Regionen an. Ziel ist es, Kompetenzen im industriellen Ökosystem der Nachbarschafts- und Sozialwirtschaft weiter zu entwickeln. Dieser Sektor umfasst laut Kommission mehr als 6% der europäischen Erwerbstätigen. Die Partnerschaft zielt ferner darauf ab, das Niveau von Schlüsselqualifikationen zu verbessern, wobei jährlich 5% der Arbeitskräfte des Sektors zur Umsetzung des grünen sowie digitalen Wandels geschult werden sollen. Die Partnerschaft steht zum einen im Zusammenhang mit dem durch die Kommission vor wenigen Monaten vorgelegten Aktionsplan für die Sozialwirtschaft und ist darüber hinaus Teil des „Pact for Skills“, einer der Leitinitiativen im Rahmen der Europäischen Qualifikationsagenda.

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&newsId=10249&furtherNews=yes>

### **Kommission; Unterstützung ehemaliger Arbeitskräfte von Air France**

Die Kommission hat am 10.05.2022 vorgeschlagen, rund 1580 ehemalige Beschäftigte von Air France mit 17,7 Mio. EUR zu unterstützen. Diese hatten ihren Arbeitsplatz im Zuge der COVID-19-Pandemie verloren. Die Mittel hierfür stammen aus dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zugunsten entlassender Arbeitnehmer (EGF). Insgesamt sollen sich die Kosten auf rund 21 Mio. EUR belaufen, wobei die bestehende Differenz von Air France zu finanzieren ist. Die Mittel sollen dazu dienen, den Betroffenen bei der Suche eines neuen Arbeitsplatzes zu helfen. Förderfähige Maßnahmen sind Beratung, Unterstützung beim Erwerb neuer Kompetenzen oder gar Hilfe bei der Gründung eines neuen Unternehmens mit bis zu 15.000 EUR Starthilfe. Der Vorschlag geht zurück auf den Antrag Frankreichs zur EGF-Hilfe für entlassene Air France Mitarbeitende aufgrund der Reisebeschränkungen und der Streichung vieler Flüge während der COVID-19-Pandemie. Air France geht davon aus, frühestens 2023 wieder auf 95% des Angebots aus der Zeit vor dem Ausbruch der Pandemie zu kommen. Die Finanzierung muss nun seitens des EP sowie des Rates bewilligt werden.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\\_22\\_2866](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_2866)

### **Kommission; Förderung der Beschäftigung besonders Schutzbedürftiger**

Am 18.05.2022 hat die Kommission mitgeteilt, dass sich die Mitgliedstaaten des Mittelmeerraums dazu verpflichten, die Beschäftigung und Beschäftigungsfähigkeit besonders schutzbedürftiger Gruppen, insbesondere in Bezug auf junge Menschen und Frauen, zu fördern. Hierbei sollen vor allem gemeinsame Maßnahmen für eine bessere Integration der Sozialregelungen und der Arbeitsmärkte im Europa-Mittelmeerraum geschaffen werden. Der Fokus wird dabei auf eine stärkere gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Beteiligung der o.g. Gruppen gesetzt. Zudem wurde durch DEU und ESP die Mittelmeerraummitgliedstaaten-Plattform für Arbeitsplätze, Handel und Investitionen geschaffen. Der Zweck ist die Förderung und Weiterentwicklung innovativer Ansätze für die regionale Zusammenarbeit in den Bereichen Beschäftigung, Handel sowie Investitionen im Mittelmeer.

<https://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=25608&langId=de>

### **EU-OSHA; Vielfalt am Arbeitsplatz**

Der Mai 2022 ist der europäische Monat der Vielfalt. Dies nahm die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (European Agency for Safety and Health at Work; EU-OSHA) zum Anlass, Unternehmen sowie Organisationen innerhalb der EU aufzufordern, die Diversität der Belegschaft verstärkt ins Blickfeld zu nehmen. Vielfalt spiegelt sich in der heterogenen Zusammensetzung von Arbeitskräften hinsichtlich ihrer soziodemografischen sowie physischen Merkmale, wie Alter, Geschlecht, nationaler Hintergrund, sexuelle Orientierung und Behinderung wider. Zu deren Förderung müsse Gleichheit sowie die Gesundheit der Arbeitskräfte geschützt werden. So seien Frauen und LGBTI-Personen (eine englische Abkürzung für Lesbian, Gay, Bisexuel and Transgender) besonders von physischen oder psychosozialen Risiken betroffen. Mit dem Hashtag #EUDiversityMonth können Unternehmen in den sozialen Medien ihre Förderung von Vielfalt und Integration am Arbeitsplatz teilen.

<https://osha.europa.eu/en/oshnews/european-diversity-month-lets-shine-some-light-workplace-diversity>

### **ETF; Green Skills Award 2022**

Die Europäische Stiftung für Berufsbildung (European Training Foundation; ETF) hat den „Green Skills Award 2022“ ausgelobt. Die Abstimmung läuft bis zum 05.06.2022, bevor die drei Gewinner am 09.06.2022 bekannt gegeben werden. Ein entscheidendes Kriterium ist, welches Projekt am stärksten zur nachhaltigen Entwicklung beiträgt. Die Projekte stammen aus den Ländern Albanien, KRO, Georgien, IRL, Jordanien, Kenia, Moldau, den NDL sowie Nigeria. Die Projekte der Finalisten zielen u.a. auf eine umweltfreundliche Stadtentwicklung, die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in grüne Bildung, regionale Zusammenarbeit, Förderung des Umweltbewusstseins im Gastgewerbe sowie Recycling von Materialien ab.

<https://www.etf.europa.eu/en/news-and-events/news/vote-green-skills-award-2022>

### **CEDEFOP; Neuer Podcast für Lern- und Beschäftigungsaussichten**

Das Europäische Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (European Center of Development of Vocational Training; CEDEFOP) hat einen neuen Podcast ins Leben gerufen. In dem Podcast „Skillset and match“ geht es darum, wie junge Menschen über ihre Lern- und Beschäftigungsaussichten vor dem Hintergrund der Covid-Pandemie und dem Krieg in der Ukraine denken. Zu Gast sind die #CedefopPhotoAward-Gewinnerinnen und Gewinner Carina Czako aus ROM, Ben Wedemeyer aus DEU, Dominik Zulj aus KRO sowie Eleni Fransisi aus GRI. Seitens der Kommission wurde das Jahr 2022 zum Europäischen Jahr der Jugend ernannt, um die Bedeutung der jungen Menschen in Europa für den Aufbau einer besseren, grüneren, integrativeren sowie digitalen Zukunft zu fördern. Die regelmäßige Podcast-Reihe des CEDEFOP bringt Expertinnen und Experten aus Politik und Wirtschaft sowie Lernende zusammen.

<https://www.cedefop.europa.eu/en/news/new-cedefop-podcast-young-cedefopphotoaward-winners-their-learning-and-work-experiences>

### **EU4Health: Ausschreibung zur Unterstützung der SoHO-Behörden**

EU4Health hat am 10.05.2022 eine Ausschreibung zur Unterstützung der SoHO-Behörden (Substances of Human Origin; Substanzen menschlichen Ursprungs) im Rahmen von Schulungen und Vernetzungen veröffentlicht. Schwerpunkte sind Personalschulungen sowie Netzwerkarbeit, um die Kompetenzen aller Inspektorinnen und Inspektoren sowie Gutachterinnen und Gutachter in der gesamten EU auf denselben Stand zu bringen und die Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten zu fördern. Der Förderzeitraum beträgt 36 Monate, in dem rund 2 Mio. EUR an Mittel zur Verfügung stehen. Bewerbungsfrist ist 17.06.2022.

[https://hadea.ec.europa.eu/news/eu4health-tender-supporting-soho-competent-authorities-training-and-networking-2022-05-10\\_en](https://hadea.ec.europa.eu/news/eu4health-tender-supporting-soho-competent-authorities-training-and-networking-2022-05-10_en)

### **EU-OSHA; Stärkung der Jugend durch Förderung der Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz**

Die EU-OSHA (European Agency for Safety and Health at Work; Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz) teilte am 10.05.2022 mit, dass sie im Europäischen Jahr der Jugend 2022 Maßnahmen für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz für Jugendliche fördern wolle. Ziel ist es, jungen Menschen neue Perspektiven zu eröffnen, z.B. durch hochwertige Arbeitsplätze, Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten. Ferner solle im Rahmen des OSHVET-Projekts der EU-OSHA Bewusstsein für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz (OSH - occupational safety and health) unter Lehrenden sowie Schülerinnen und Schülern in der beruflichen Ausbildung (VET - vocational education and training) geschaffen werden. Zudem sollen praktische Informationen bereitgestellt werden. Das Projekt zielt darauf ab, ein umfassendes, europaweites Netzwerk aufzubauen. In allen Mitgliedstaaten gebe es OSHVET-Botschafterinnen und Botschafter, die für die Koordinierung und Förderung der Projektaktivitäten in ihren Netzwerken und nationalen Berufsbildungszentren zuständig seien. Die OSHVET-Botschafter berichten der EU-OSHA über die Durchführung der Aktivitäten.

<https://osha.europa.eu/en/oshnews/empowering-youth-promoting-safety-and-health-work-better-future>

### **ECDC; Erste Lockerungen der COVID-Maßnahmen für den Flugverkehr**

Die EASA (European Union Aviation Safety Agency; Europäische Agentur für Flugsicherheit) und die ECDC (European Centre for Disease Prevention and Control; Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten) unternehmen erste Schritte zur Lockerung der COVID-19-Maßnahmen für den Flugverkehr. Am 11.05.2022 wurde eine Aktualisierung des Gesundheitsprotokolls für die Luftfahrt herausgegeben, in der operative Leitlinien sowie risikobasierte Empfehlungen für einen gesundheitlich unbedenklichen Flugverkehr enthalten sind. Diese vierte Version des Protokolls berücksichtigt jüngste Erkenntnisse über die Wirksamkeit der COVID-19-Impfung sowie die Erfahrungen in der Umsetzung weiterer Hygienemaßnahmen. Ferner soll das Protokoll nationale Behörden der Mitgliedstaaten und die Akteure der Luftfahrt dabei unterstützen, auf koordinierte Weise die Gesundheit sowie Sicherheit der Fluggäste und des Luftfahrtpersonals zu gewährleisten, indem der Betrieb sicher aufrechterhalten bleiben könne und das Risiko einer COVID-19-Infektion minimiert werde. Das Tragen von Gesichtsmasken auf Flughäfen und während des Fluges solle jeweils mit den nationalen Maßnahmen zum Tragen von Masken in öffentlichen Verkehrsmitteln abgestimmt werden. Es wird des Weiteren jedoch empfohlen, die Fluggäste und das Luftfahrtpersonal dazu aufzufordern weiterhin einen Mundschutz zu tragen, auch wenn dies keine Vorschrift

mehr sei. Die EASA und die ECDC gehen davon aus, dass die Maßnahmen im Lauf der Zeit immer mehr reduziert werden könnten, sofern das Infektionsgeschehen dies erlaube. Die beiden Organisationen beobachten die epidemiologische Situation und passen die aktuellen Empfehlungen gegebenenfalls an.

<https://www.ecdc.europa.eu/en/news-events/easa-and-ecdc-take-first-steps-relax-covid-19-measures-air-travel>

### **HaDEA; Förderprojekte der EU zur HIV/AIDS-Forschung**

Anlässlich des Welt-AIDS-Impfstofftags am 18.05.2022 stellt die HaDEA (European Health and Digital Executive Agency) zwei Projekte der HIV/AIDS-Forschung vor. Diese werden im Rahmen des von der EU finanzierten Programms Horizont 2020 gefördert. Das Projekt EAVI2020 (Europäische AIDS-Impfstoff-Initiative) hat die Entwicklung neuartiger Impfstoffkandidaten zum Ziel, welche nun im Rahmen von Studien am Menschen getestet werden können. Hierbei finden sich führende Forscherinnen und Forscher aus öffentlichen Einrichtungen und Biotech-Unternehmen aus Europa, Australien, Kanada und den USA zusammen, die das Projekt gemeinsam angehen. Das Ziel des EHVA-Projekts (Europäische HIV-Allianz) ist die Förderung eines umfassenden Ansatzes für die Entwicklung eines wirksamen HIV-Impfstoffs, sowie die Entwicklung einer multidisziplinären Forschungsplattform. Die 41 Partnerinnen und Partner des Projektes kommen aus dem akademischen und industriellen Umfeld aus Europa, Subsahara-Afrika und Nordamerika.

[https://hadea.ec.europa.eu/news/getting-closer-hivaids-vaccine-2022-05-18\\_en](https://hadea.ec.europa.eu/news/getting-closer-hivaids-vaccine-2022-05-18_en)

### **Kommission; Vorschlag für europäischen Gesundheitsdatenraum vorgelegt**

Die Kommission hat am 03.05.2022 einen Vorschlag zur Einrichtung eines europäischen Gesundheitsdatenraums vorgelegt. Bei dem europäischen Gesundheitsdatenraum (European Health Data Space – EHDS) handelt es sich um ein Kernstück der von der Kommission angestrebten Vollendung der europäischen Gesundheitsunion. Das von der Kommission vorgelegte Maßnahmenpaket beinhaltet eine Mitteilung sowie einen Verordnungsvorschlag zur Einrichtung des EHDS bis 2025. Übergeordnete Zielsetzung ist es, einen europäischen Rechtsrahmen zur Nutzung und zum grenzüberschreitenden Austausch von Gesundheitsdaten in der Gesundheitsversorgung, -forschung und –wirtschaft zu schaffen. Hierbei strebt die Kommission an, dass den Bürgerinnen und Bürgern die Hoheit der Nutzung und Kontrolle ihrer Daten obliegt sowie ein hohes Niveau bezüglich des Datenschutzes sichergestellt wird. Durch die Möglichkeit der grenzüberschreitenden Nutzung soll die Behandlungsmöglichkeit von Patientinnen und Patienten im Ausland erleichtert und die Gesundheitsforschung sowie die Entwicklung von Medizinprodukten und Arzneimitteln durch die Interoperabilität der erhobenen Daten gestärkt werden. Hiervon erhofft sich die Kommission einen maßgeblichen Impuls für die digitale Gesundheitsversorgung in der EU sowie für den europäischen Binnenmarkt. Zudem soll der Vorschlag die Krisenreaktionsfähigkeit bei zukünftigen grenzüberschreitenden Gesundheitsrisiken verbessern und durch die Digitalisierung von Gesundheitsdiensten zu Kosteneinsparungen für die öffentliche Gesundheitsversorgung bewirken.

[https://ec.europa.eu/health/publications/proposal-regulation-european-health-data-space\\_de](https://ec.europa.eu/health/publications/proposal-regulation-european-health-data-space_de)

### **Kommission; Konsultation zur Überarbeitung des EU-Schulprogramms für Obst, Gemüse und Milch – EU-Beihilfe**

Am 05.05.2022 hat die Kommission eine Konsultation zum EU-Schulprogramm für Obst, Gemüse und Milch veröffentlicht. Mit dem Programm wird die Abgabe von Obst, Gemüse, Milch und bestimmten Milcherzeugnissen an Kinder gefördert. Damit gehen Bildungsmaßnahmen, durch die die Kinder mehr über die Landwirtschaft erfahren und

gesunde Ernährungsgewohnheiten entwickeln sollen, einher. Die Kommission wird das Schulprogramm sowie die Maßnahmen zur Festsetzung dieser EU-Beihilfe überarbeiten und sich dabei auf die im Rahmen der Durchführung seit 2017 gewonnenen Erkenntnisse stützen. Diese Überarbeitung soll dazu beitragen, im Einklang mit der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ einen nachhaltigen Lebensmittelkonsum zu fördern. Rückmeldungen sind bis 28.07.2022 möglich.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12970-Überarbeitung-des-EU-Schulprogramms-fur-Obst-Gemuse-und-Milch\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12970-Überarbeitung-des-EU-Schulprogramms-fur-Obst-Gemuse-und-Milch_de)

### **Kommission; Konsultation zur Eignungsprüfung des EU-Verbraucherrechts im digitalen Umfeld**

Am 17.05.2022 eröffnete die Kommission Sondierungen zur Eignungsprüfung der EU-Verbraucherschutzvorschriften, um festzustellen, ob diese ein hohes Schutzniveau im digitalen Umfeld gewährleisten. Mit der Prüfung soll festgestellt werden, ob zusätzliche Maßnahmen erforderlich sind, um ein gleiches Maß an Fairness online und offline zu gewährleisten. Von der Eignungsprüfung betroffen sind die Richtlinie 2005/29/EG über unlautere Geschäftspraktiken, die Richtlinie 2011/83/EU über die Rechte der Verbraucher und die Richtlinie 93/13/EWG über missbräuchliche Vertragsklauseln. Rückmeldungen sind bis 14.06.2022 möglich.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13413-Digitale-Fairness-Eignungsprüfung-des-EU-Verbraucherrechts\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13413-Digitale-Fairness-Eignungsprüfung-des-EU-Verbraucherrechts_de)

## U m w e l t

### **Kommission; Konsultation zu dem Überwachungsrahmen für die Kreislaufwirtschaft**

Am 06.05.2022 eröffnete die Kommission Sondierungen zum EU-Überwachungsrahmen für die Kreislaufwirtschaft. Im Jahr 2018 hat die Kommission diesen verabschiedet, um die Fortschritte der EU und der Mitgliedstaaten bei der Verwirklichung der Kreislaufwirtschaft sowie die Effizienz ihrer diesbezüglichen Maßnahmen zu bewerten. Die Überarbeitung des Überwachungsrahmens ist eine der Maßnahmen des neuen Aktionsplans für die Kreislaufwirtschaft im Zuge des Europäischen Grünen Deals. Mit der Überarbeitung soll die Messung des Fortschritts durch die Weiterentwicklung bestehender Indikatoren und die Erweiterung um neue Indikatoren verbessert werden. Ziel der Überarbeitung ist es, die Produktionsphase des Wirtschaftszyklus und die Verbindungen zwischen Kreislaufwirtschaft, Klimaneutralität und Null-Schadstoff-Ziel im Einklang mit dem europäischen Grünen Deal besser abzudecken. Rückmeldungen sind bis zum 03.06.2022 möglich.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13465-Überwachungsrahmen-fur-die-Kreislaufwirtschaft-Überarbeitung-\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13465-Überwachungsrahmen-fur-die-Kreislaufwirtschaft-Überarbeitung-_de)

### **Kommission; Öffnung der App MapMyTree**

Am 11.05.2022 hat die Kommission die App MapMyTree zur Registrierung neu angepflanzter Bäume für alle Bürgerinnen und Bürger geöffnet. Mithilfe der Webanwendung können die Menschen zum europäischen Ziel beitragen bis 2030 3 Mrd. zusätzliche Bäume zu pflanzen. Das Ziel wurde im Rahmen der Biodiversitätsstrategie verabschiedet und soll dazu beitragen, dass die Waldfläche in der EU im Vergleich zur normalerweise zu erwartenden Entwicklung zu vergrößern. Neu gepflanzte Bäume können in der App mit dem jeweiligen Standort registriert werden, um sie auf das angestrebte Ziel anzurechnen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/mex\\_22\\_3005](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/mex_22_3005)

### **EP; Ausschussabstimmung zu CO2-Emissionsstandards für PKW**

Am 11.05.2022 hat der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) seinen Standpunkt zur im Rahmen des Fit for 55-Pakets vorgeschlagenen Überarbeitung der CO2-Emissionsvorgaben für neue Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge angenommen. In dem Bericht brachten die Abgeordneten ihre Unterstützung für den Vorschlag der Kommission zum Ausdruck, bis 2035 nur noch emissionsfreie Fahrzeuge neu zuzulassen. Der Ausschuss schlägt weiterhin die schrittweise Absenkung der Anrechnung sogenannter Öko-Innovationen und die Abschaffung des Anreizmechanismus für emissionsfreie und emissionsarme Fahrzeuge vor, der bislang eine Mehrfachanrechnung zum Flottengrenzwert der Hersteller dieser Fahrzeuge ermöglicht. Die Abgeordneten fordern zudem bis Ende 2025 und danach jährlich einen Bericht der Kommission über die Fortschritte auf dem Weg zu einer emissionsfreien Straßenmobilität, in dem auch die Auswirkungen auf Verbraucherinnen und Verbraucher und auf Beschäftigung, der Umfang der Nutzung erneuerbarer Energien sowie Informationen über den Markt für Gebrauchtfahrzeuge behandelt werden. Bis Ende 2023 soll die Kommission einen Bericht vorlegen, in dem dargelegt wird, welche finanzielle Unterstützung notwendig ist, um eine gerechte Transformation der Automobilbranche zu gewährleisten. Bis 2023 fordert der Ausschuss zudem von der Kommission eine Methodik zur Bewertung der CO2-Emissionen des gesamten Lebenszyklus von PKW und leichten Nutzfahrzeugen sowie für die von diesen Fahrzeugen genutzten Treibstoffe zu erarbeiten.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20220509IPR29105/fit-for-55-meps-back-co2-emission-standards-for-cars-and-vans>

### **Kommission; Konsultation zu den EU-Umwelthaftungsvorschriften**

Die Kommission hat am 12.05.2022 eine Konsultation zur Bewertung der Umwelthaftungsrichtlinie gestartet. Die Umwelthaftungsrichtlinie soll dazu beitragen, Umweltschäden zu verhindern oder sie auf Grundlage des Verursacherprinzips zu beheben. Im Rahmen der Evaluierung wird untersucht, ob die Richtlinie ihren Zweck erfüllt und welche Mängel sie aufweisen könnte. Es werden auch Überlegungen zu den Forderungen des EP und des Europäischen Rechnungshofs angestellt, ihre Anwendung zu verstärken. Die Konsultation läuft bis 04.08.2022.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13251-Umwelthaftungsrichtlinie-Bewertung-de>

### **Kommission; Konsultation zu dem persistenten organischen Schadstoff Perfluorooctansäure**

Die Kommission hat am 17.05.2022 den Entwurf eines Rechtsakts zur Änderung der Verordnung über persistente organische Schadstoffe im Hinblick auf den persistenten organischen Schadstoff Perfluorooctansäure (PFOA), seiner Salze und PFOA-verwandter Verbindungen zur Konsultation gestellt. Der Vorschlag sieht eine Änderung der Konzentration von PFOA als unbeabsichtigte Spurenverunreinigung in Stoffen, Gemischen und Erzeugnissen vor. Des Weiteren wird die Streichung einer spezifischen Ausnahme vorgenommen, die laut Kommission in der EU nicht länger notwendig ist. Die Konsultation läuft bis 14.06.2022.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13214-Persistente-organische-Schadstoffe-POP-Perfluorooctansäure-PFOA-de>

### **EP; Ausschussabstimmung Reform des Emissionshandelssystems**

Am 17.05.2022 hat der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) seinen Standpunkt zur Überarbeitung des EU-Emissionshandelssystems (EHS) angenommen. In dem Bericht sprechen sich die

MdEP dafür aus, dass ein separates neues Emissionshandelssystem für den Gebäude- und Verkehrsbereich ab 2025 zunächst nur Kraftstoffe für den gewerblichen Straßenverkehr und gewerbliche Gebäude umfasst. Private Gebäude und privater Verkehr sollen nicht vor 2029 in das neue EHS einbezogen werden. Um Anreize für Spitzenleistungen und Innovationen zu schaffen, wollen die Abgeordneten ab 2025 ein Bonus-Malus-System einführen, bei dem die effizientesten Anlagen eines Sektors zusätzliche kostenlose Zertifikate erhalten, während Anlagen, die keinen Dekarbonisierungsplan erstellen und Empfehlungen nicht umsetzen freie Zuteilungen verlieren. Die kostenlosen Zertifikate im EHS sollten ab 2026 schrittweise und bis 2030 ganz abgeschafft werden. Das EHS soll auf den Seeverkehr ausgedehnt werden und 75% der Einnahmen sollen in einen Meeresfonds fließen, um den Übergang zu einem energieeffizienten und klimaresistenten Seeverkehrssektor zu unterstützen. Die Abgeordneten schlagen zudem vor, die Verbrennung von Siedlungsabfällen ab 2026 in das Emissionshandelssystem aufzunehmen. Sie unterstützen den Vorschlag der Kommission für einen Modernisierungsfonds zur Verbesserung der Energieeffizienz. <https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20220516IPR29663/fit-for-55-in-2030-meps-put-forward-demands-on-emissions-trading-system-reform>

### **EP; Ausschussabstimmung zur Reform des Emissionshandelssystems für den Luftverkehr**

Am 18.05.2022 hat der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) seinen Standpunkt zur Überarbeitung des EU-Emissionshandelssystems (EHS) im Luftverkehrssektor angenommen. In dem Bericht sprechen sich die MdEP dafür aus, dass das EHS für alle Flüge gelten soll, die von einem Flughafen im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ausgehen und nicht wie bisher nur für Flüge innerhalb des EWR. Zusätzlich ist bis 2025 ein Ende der kostenlosen Zuteilungen für den Luftverkehr vorgesehen, dies zwei Jahre vor dem von der Kommission vorgeschlagenen Zeitplan. 75% der Einnahmen aus der Versteigerung von Zertifikaten sollen für die Förderung von Innovationen und neuen Technologien verwendet werden, einschließlich der Einführung von Dekarbonisierungslösungen im Luftfahrtsektor über den Klima-Investitionsfonds. <https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20220516IPR29669/increased-ambition-for-emissions-reduction-in-international-aviation>

### **EP; Ausschussabstimmung zu Kohlenstoffsenken im Bereich Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft (LULUCF)**

Am 18.05.2022 hat der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) seinen Standpunkt zur Vergrößerung der natürlichen Kohlenstoffsenken im LULUCF-Bereich angenommen. Die MdEP unterstützen den Vorschlag der Kommission, das Ziel für den Netto-Treibhausgasabbau für 2030 auf mindestens 310 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente festzulegen. Sie betonen aber, dass das Ziel der Verbesserung des CO<sub>2</sub>-Abbaus durch natürliche Kohlenstoffsenken getrennt von dem vorrangigen Ziel einer schnellen und drastischen Reduzierung der Treibhausgasemissionen aus anderen Sektoren, einschließlich der nicht CO<sub>2</sub>-Emissionen aus der Landwirtschaft, gesehen werden sollte. Eine Zusammenlegung natürlicher Kohlenstoffsenken und Emissionen aus dem Agrarsektor in einem gemeinsamen AFOLU-Sektor, wie von der Kommission vorgeschlagen, lehnen die Abgeordneten jedoch ab. Die Kommission soll jährliche Ziele für den LULUCF-Sektor im Zeitraum von 2026-2029 auf der Grundlage von nationalen Zielkursen festlegen. Die MdEP fordern auch Unterziele für die Netto-Treibhausgasemissionen von Ackerland, Grünland und Feuchtgebieten sowohl auf EU-Ebene als auch auf Ebene der Mitgliedstaaten. Initiativen zur Kohlenstoffspeicherung in der Landwirtschaft sollen

gefördert werden und zusätzlich 50 Mio. t CO<sub>2</sub> soll gespeichert werden. Darüber hinaus fordern die Abgeordneten die Kommission auf, die Ziele für den Treibhausgasabbau für 2035, 2040, 2045 und 2050 bis Ende 2024 festzulegen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20220516IPR29656/fit-for-55-new-eu-carbon-sinks-goal-will-increase-2030-reduction-target>

## L a n d w i r t s c h a f t

### **EP; Übergangsbestimmungen für die Verpackung und Kennzeichnung von Tierarzneimitteln**

Am 05.05.2022 hat das EP nach informeller Einigung mit dem Rat den Vorschlag für eine Verordnung des EP und des Rates zur Festlegung von Übergangsbestimmungen für die Verpackung und Kennzeichnung von Tierarzneimitteln gebilligt. Diese gelten für Tierarzneimittel, die gemäß der Richtlinie zum Gemeinschaftskodex für Tierarzneimittel und der Verordnung für die Genehmigung und Überwachung von Human- und Tierarzneimitteln zugelassen wurden. Die Übergangsbestimmungen werden als notwendig erachtet, da die Zulassungsinhaber und Inhaber einer Registrierung von Tierarzneimitteln außerstande seien, die Anforderungen der Verordnung bis zum 28.01.2022 zu erfüllen. Zudem seien die zuständigen Behörden nicht in der Lage, alle erforderlichen Änderungen der Zulassungsbedingungen zu bearbeiten, und damit sicherzustellen, dass zeitnah die Einhaltung sichergestellt ist. Durch die Übergangsbestimmungen soll eine ununterbrochene Verfügbarkeit dieser Tierarzneimittel in der Union gewährleistet und Rechtssicherheit geschaffen werden.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0198\\_DE.html#title1](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0198_DE.html#title1)

### **Kommission; Konsultation zu Maßnahmen gegen den Pflanzenschädling Zitrusbockkäfer**

Am 13.05.2022 hat die Kommission den Entwurf einer Durchführungsverordnung über Maßnahmen gegen den Zitrusbockkäfer (*Anoplophora chinensis*) zur Konsultation gestellt. Der Zitrusbockkäfer ist ein Käfer, der in verschiedenen Ländern Asiens heimisch ist. Dort befällt er etwa 100 verschiedene Laubgehölze, überwiegend Zitruspflanzen. Die jüngsten Ausbrüche des Schädlings in einigen Mitgliedstaaten und die bei der Bekämpfung gewonnenen Erfahrungen zeigten, dass die bislang vorgesehenen Maßnahmen zur Bekämpfung und Überwachung aktualisiert werden müssen. Das Ergebnis soll ein gezielterer Ansatz für die Überwachung und Bekämpfung des Zitrusbockkäfers sein. Rückmeldungen sind bis 10.06.2022 möglich.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13470-Plant-health-measures-to-eradicate-and-prevent-the-spread-of-the-citrus-longhorn-beetle-Anoplophora-chinensis-de>

### **Kommission; Konsultation zu EU-Vorschriften zur Zerlegung von Schweineschlachtkörpern**

Am 16.05.2022 hat die Kommission einen Vorschlag zur Aktualisierung der Durchführungsverordnung (EU) 2015/1375 mit spezifischen Vorschriften für die amtlichen Fleischuntersuchungen auf Trichinen veröffentlicht. Mit diesem Vorschlag soll die Regelung aktualisiert werden, wonach Schlachtkörper von Hausschweinen unter bestimmten Bedingungen in mehr als 6 Teile zerlegt werden dürfen, bevor die Ergebnisse der Trichinenuntersuchung vorliegen. Infolge der Aktualisierung ist diese Art der Schlachtkörper-Zerlegung nicht mehr auf die Produktion spezifischer Erzeugnisse beschränkt. Außerdem werden mit dem Vorschlag überholte



Querverweise bei den Analysemethoden aktualisiert. Eine Rückmeldung ist bis 13.06.2022 möglich.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13335-Lebensmittelsicherheit-Zerlegung-von-Schweineschlachtkörpern-vor-dem-Vorliegen-der-Ergebnisse-der-Untersuchung-auf-Trichinen-aktualisierte-Vorschriften- de>

### **Kommission; Konsultation zu Maßnahmen im Zusammenhang mit der Eindämmung des Pflanzenschädling Ceratocystis platani**

Am 17.05.2022 hat die Kommission einen Vorschlag zur Erweiterung der Durchführungsverordnung (EU) 2019/20722 um den Pflanzenschädling Ceratocystis platani veröffentlicht. Anhang II Teil B enthält eine Liste der Quarantäneschädlinge, deren Vorkommen im Gebiet der Union nachgewiesen ist. Ceratocystis platani soll in diese Liste aufgenommen werden, da bekannt ist, dass er in bestimmten Teilen des Unionsgebietes auftritt und erhebliche Auswirkungen auf Pflanzen von Platanus L. und auf Holz von Platanus L., den Hauptwirten des Schädling, hat. Die Konsultation läuft bis 10.06.2022.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13470-Measures-related-to-Anoplophora-chinensis-Forster- de>

### **Kommission; Konsultation zu Maßnahmen zur Eindämmung des Pflanzenschädling Grapevine flavescence dorée phytoplasma**

Am 18.05.2022 hat die Kommission einen Vorschlag zur Erweiterung des Anhang II Teil B der Durchführungsverordnung (EU) 2019/20722 um den Pflanzenschädling Phytoplasma Grapevine flavescence dorée veröffentlicht. Anhang II Teil B enthält eine Liste der Quarantäneschädlinge, deren Vorkommen im Gebiet der EU nachgewiesen ist. Phytoplasma Grapevine flavescence dorée soll in diese Liste aufgenommen werden, da bekannt ist, dass er in bestimmten Teilen des Unionsgebietes auftritt und erhebliche Auswirkungen auf Pflanzen von Vitis L. dem Hauptwirt des Schädling hat. Die Konsultation läuft bis 15.06.2022.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13477-Measures-related-to-the-containment-of-the-plant-pest-Grapevine-flavescence-doree-phytoplasma de>

### **Kommission; Zulassung für zwei gentechnisch veränderte Pflanzen**

Am 19.05.2022 hat die Kommission zwei gentechnisch veränderte Kulturpflanzen (Mais und Sojabohne) als Lebensmittel und Tierfutter zugelassen. Die Entscheidung der Kommission schließt nicht die Kultivierung dieser Pflanzen in der EU ein, sondern ausschließlich ihre Nutzung als Lebensmittel und als Tierfuttermittel. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hatte zuvor eine positive Bewertung abgegeben. Die Mitgliedstaaten erreichten im Ständigen Ausschuss und im anschließenden Berufungsausschuss weder eine qualifizierte Mehrheit für noch gegen die Zulassungen. Die Zulassungen gelten für zehn Jahre, während derer jedes aus diesen GVO hergestellte Produkt den strengen Kennzeichnungs- und Rückverfolgbarkeitsvorschriften der EU unterliegt.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex\\_22\\_3204](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_22_3204)

### **Kommission; Natura 2000 Preis**

Anlässlich des 30. Jahrestages des Natura 2000 Netzwerks stellte Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius die Gewinner für 2022 des Natura 2000 Preises vor. Der Preis soll besondere Naturschutzleistungen in der EU honorieren. Unter den sechs Gewinnern ist auch ein von DEU geleitetes grenzüberschreitendes Projekt zur Datensammlung für unterirdische Lebensräume. Hier wurde eine App entwickelt, die es privaten Höhlenwanderern erlaubt, Daten bezüglich dieser Lebensräume in die App

einzuspeisen. Diese Daten können dann von Naturschutzbehörden genutzt werden. Natura 2000 ist ein EU-weites Netzwerk von Schutzgebieten.

[Natura 2000 Awards: EU recognises excellence in nature protection across Europe \(europa.eu\)](https://europa.eu/natura2000-awards)

## Justiz

### **EuGH-Urteil; Verhandlung gegen einen flüchtigen Angeklagten**

Der EuGH hat am 19.05.2022 in der Rechtssache C-569/20 (Spetsializirana prokuratura) entschieden, dass im Falle der Unmöglichkeit, eine gerichtlich verfolgte Person aufzufinden, gegen diese Person in Abwesenheit verhandelt kann und sie in Abwesenheit verurteilt werden kann. Die verurteilte Person hat jedoch dann das Recht, eine neue Verhandlung in ihrer Anwesenheit zu verlangen, in der der Sachverhalt erneut geprüft wird. Dieses Recht kann ihr jedoch verweigert werden, wenn sie sich dem Handeln der Justiz absichtlich entzogen und die Behörden daran gehindert hat, sie über die Verhandlung zu unterrichten.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-569/20>

### **EuGH-Urteil; Missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen**

Der EuGH hat am 17.05.2022 in der Rechtssache C-600/19 (Ibercaja Banco), in den verbundenen Rechtssachen C-693/19 (SPV Project 1503) und C-831/19 (Banco di Desio e della Brianza) sowie in den Rechtssachen C-725/19 (Impuls Leasing România) und C-869/19 (Unicaja Banco) entschieden, dass nationale Verfahrensgrundsätze unionsrechtliche Rechte Einzelner nicht behindern dürfen. Der Effektivitätsgrundsatz verlangt eine wirksame Überprüfung der potenziellen Missbräuchlichkeit der Klauseln. Die Urteile heben hervor, dass Verbraucherschutzrecht nicht nur materielles Recht ist, sondern auch Prozessrecht.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-600/19>

### **EuGH-Urteil; Wechsel des Aufenthalts des Unterhaltsberechtigten**

Der EuGH hat am 12.05.2022 in der Rechtssache C-644/20 (W.J.) entschieden, dass zur Bestimmung des auf einen Unterhaltsanspruch anwendbaren Rechts für den gewöhnlichen Aufenthalt des Berechtigten auf den Ort seines gewöhnlichen Lebensmittelpunkts abzustellen ist, und zwar insbesondere bei Kindern geringen Alters. Wird der Berechtigte widerrechtlich im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats zurückgehalten, kann sich grundsätzlich ungeachtet dessen sein gewöhnlicher Aufenthaltsort in diesen Staat verlagert haben.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-644/20>

### **EuGH; Schlussanträge – Anerkennung von Urteilen**

Am 05.05.2022 hat Generalanwalt Collins seine Schlussanträge in der Rechtssache C-700/20 (London Steam-Ship Owners' Mutual Insurance Association Limited / Königreich Spanien) vorgelegt. Der Generalanwalt vertritt die Auffassung, dass ein Urteil entsprechend einem Schiedsspruch eine für die Zwecke der Verordnung über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen relevante Entscheidung darstellen kann. Das gilt ungeachtet des Umstands, dass ein solches Urteil nicht in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fällt.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-700/20>

### **EuGH-Urteil; Aufenthalt eines Familienangehörigen**

Der EuGH hat am 05.05.2022 in den verbundenen Rechtssachen C-451/19 und C-532/19 (Subdelegación del Gobierno en Toledo) entschieden, dass ein Abhängigkeitsverhältnis, das es rechtfertigen kann, dem drittstaatsangehörigen Elternteil eines minderjährigen Unionsbürgers ein abgeleitetes Aufenthaltsrecht zuzuerkennen, vermutet wird, wenn der drittstaatsangehörige Elternteil mit dem anderen Elternteil, der Unionsbürger ist, dauerhaft zusammenlebt. Dieses Abhängigkeitsverhältnis besteht, wenn ein minderjähriger Unionsbürger gezwungen ist, das Gebiet der Union zu verlassen, um seinem drittstaatsangehörigen Elternteil zu folgen, der selbst gezwungen ist, das Gebiet zu verlassen, nachdem seinem anderen minderjährigen Kind, einem Drittstaatsangehörigen, ein abgeleitetes Aufenthaltsrecht verweigert wurde.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-451/19>

### **EuGH; Schlussanträge – Anerkennung ausländischer Privatscheidungen**

Am 05.05.2022 hat Generalanwalt Collins seine Schlussanträge in der Rechtssache C-646/20 (Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Standesamtsaufsicht) vorgelegt. Der Generalanwalt vertritt die Auffassung, dass die Auflösung einer Ehe in einem gesetzlich geregelten Verfahren, bei dem beide Ehegatten vor einem Zivilstandsbeamten jeweils persönlich erklären, dass sie sich scheiden lassen wollen, und der Zivilstandsbeamte dieses Einvernehmen mindestens dreißig Tage später in ihrer Anwesenheit bestätigt, nachdem er festgestellt hat, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für die Auflösung der Ehe erfüllt sind und dass die Vereinbarung zwischen ihnen keine Regelungen über die Übertragung von Vermögenswerten enthält, eine Scheidungsentscheidung im Sinne der Verordnung über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen ist.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=258881&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=886208>

### **EuGH-Urteil; Höchstdauer von Kontrollen an den Binnengrenzen**

Der EuGH hat am 26.04.2022 in den verbundenen Rechtssachen C-368/20 (Landespolizeidirektion Steiermark) und C-369/20 (Bezirkshauptmannschaft Leibnitz) entschieden, dass im Fall einer ernsthaften Bedrohung seiner öffentlichen Ordnung oder seiner inneren Sicherheit ein Mitgliedstaat (MS) Kontrollen an seinen Grenzen zu anderen MS vorsehen kann, diese aber eine Gesamthöchstdauer von sechs Monaten nicht überschreiten dürfen. Nur im Fall einer neuen ernsthaften Bedrohung kann eine erneute Anwendung einer solchen Maßnahme gerechtfertigt sein.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-368/20>

### **EuGH-Urteil; Klagebefugnis von Verbraucherverbänden im Datenschutz**

Der EuGH hat am 28.04.2022 in der Rechtssache C-319/20 (Meta Platforms Ireland) entschieden, dass Verbraucherschutzverbände gegen Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten Verbandsklagen erheben können. Solche Klagen können unabhängig von der konkreten Verletzung des Rechts einer betroffenen Person auf den Schutz ihrer Daten und ohne entsprechenden Auftrag erhoben werden.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-319/20>

### **EP; Sonderausschuss INGE II konstituiert**

Der EP-Sonderausschuss zu Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der Europäischen Union, einschließlich Desinformation, hat sich am 12.05.2022 neu konstituiert (sog. INGE II). Der erste INGE-Ausschuss, tätig seit Juni 2020, hat sein Mandat plangemäß am 23.03.2022 beendet und einen Abschlussbericht angenommen. Darin fordert er ein verstärktes Vorgehen der EU gegen Desinformationskampagnen und Eingriffe von Drittstaaten in demokratische Prozess in der EU (wie z.B. Wahlen). Das Mandat für eine zweite, einjährige Amtszeit, ist daraufhin vom EP-Plenum bestätigt worden. In der konstituierenden Sitzung wurden der Vorsitzende und seine Stellvertreter bestätigt; Vorsitzender ist MdEP Raphaël Glucksmann (S&D/FRA). Auf seiner ersten Sitzung am 17.05.2022 hat sich INGE II mit der russischen Desinformationskampagne im Ukrainekrieg befasst.

<https://www.europarl.europa.eu/committees/en/ing2/home/highlights>

## Veranstaltungen

### **Europa im Gespräch: Wahlen in Nordirland - Bedeutung für die Beziehungen der EU 27 zum GBR**

Tony Connelly von RTÉ News / Irish TV & Radio sprach am 09.05.2022 mit Dr. Thomas Gutschker von der Frankfurter Allgemeine Zeitung in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel u.a. über Bedeutung des Ergebnisses der Regionalwahlen in Nordirland für die Beziehungen der EU 27 und GBR. Die Partei Sinn Féin (SF) sei erstmalig stärkste Kraft im nordirischen Parlament. Die „Democratic Unionist Party“ (DUP), sei auf den zweiten Platz verwiesen worden. Für die DUP sei die Aufkündigung des Nordirlandprotokolls das zentrale Wahlkampfthema gewesen. Im Gegensatz zur DUP habe die SF weder das Nordirlandprotokoll, das Teil des Brexit-Abkommens ist, noch eine schnelle Vereinigung Nordirlands mit der Republik IRL in den Mittelpunkt ihrer Kampagne gestellt. Den nordirischen Bürgerinnen und Bürgern und insbesondere den Jungwählern seien Themen, wie die steigenden Lebenshaltungskosten und Bildung wichtiger gewesen als die politische und verfassungsmäßige Zugehörigkeit Nordirlands, wovon auch die liberale und überkonfessionelle Alliance-Partei profitiert habe, so Connelly. Eine schwierige Regierungsbildung stehe bevor. Die DUP habe bereits angedeutet, dass sie sich nicht beteiligen und die Regierungsbildung blockieren werde. In diesem Fall bliebe die bisherige Regierung zunächst für weitere sechs Monate mit verminderten Befugnissen geschäftsführend im Amt und bei einer weiteren Verweigerung der DUP würde es zu Neuwahlen kommen, führte Connelly weiter aus. Die DUP, halte an ihrer Post-Brexit-Politik fest und strebe eine Aufkündigung des Nordirland-Protokolls zwischen GBR und der EU an. Mit der Regierung von GBR unter Premierminister Boris Johnson sei eine Aussetzung des Nordirland-Protokolls weiter möglich, obwohl die DUP verloren hat. Connelly erläuterte, die Gefahr eines Handelskriegs zwischen der EU und GBR sei nicht gebannt.

### **Delegationsreise der Gesellschaft für kommunale Kooperation mbH**

Vom 10. bis 11.05.2022 war die Gesellschaft für kommunale Kooperation mbH zu Gesprächen in Brüssel. Es fand u.a. ein Gedankenaustausch mit hessischen MdEP Michael Gahler (EVP/DEU) und Prof. Dr. Sven Simon (EVP/DEU) über die aktuelle EU-Energiepolitik und die Rolle der lokalen Energieerzeuger und Verteilnetzbetreiber in der Hessischen Landesvertretung statt. Zudem gab es Gespräche mit der

Generaldirektion Energie der Kommission zum Europäischen Green Deal sowie dem Verband Kommunaler Unternehmen zur EU-Taxonomie.

### **Ministerpräsident Volker Bouffier zu Gesprächen in Brüssel**

Der Hessische Ministerpräsident Volker Bouffier führte am 17.05.2022 eine Reihe von Gesprächen mit hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern der EU-Institutionen. Die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen empfing den Hessischen Ministerpräsidenten zu einem Vieraugengespräch. Im Mittelpunkt des Gesprächs mit der Präsidentin des EP Roberta Metsola standen Fragen zur Zukunft der EU und die Folgen des Ukraine-Krieges. Bei seinen weiteren Gesprächen mit hochrangigen Vertretern der EU-Institutionen traf Ministerpräsident Bouffier unter anderem den für die EU-Finanzdienstleistungspolitik zuständigen Exekutiv-Vizepräsidenten der Europäischen Kommission Valdis Dombrovskis. In dem Gespräch standen Fragen der Reform der Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Einhaltung der Regeln der Stabilitäts- und Wachstumspaktes im Vordergrund, ferner wurde die Frage der Finanzierung der Hilfsleistungen für die Ukraine angesprochen. Zudem hat Bouffier für Frankfurt als Sitz der neuen EU-Agentur zur Bekämpfung von Geldwäsche (AMLA) geworben. Bei seinem Gespräch mit Botschafter Michael Clauß, Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der EU, sprach der Hessische Ministerpräsident die Themen Klimawandel und das Kommissionspaket „fit for 55“ an sowie die Prioritäten der FRA- und darauffolgenden CZR-Ratspräsidentschaft. Ferner erörterte der Hessische Ministerpräsident mit Botschafter Clauß den Sachstand der Verhandlungen zum 6. Sanktionspaket wegen des Ukrainekriegs und zu der EU-Verordnung zur Einrichtung der AMLA. Ministerpräsident Bouffier wurde von der Hessischen Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich begleitet.

### **Jahresempfang**

Am 17.05.2022 fand der Jahresempfang der Hessischen Landesvertretung in Brüssel statt. Zeitenwende sei das Stichwort, das von allen Seiten aktuell vorgetragen würde, sagte der Hessische Ministerpräsident, Volker Bouffier, in seinen einführenden Worten. Die Grundidee der Europäischen Gemeinschaft sei die Schaffung eines Raums des Friedens, der Freiheit und des Rechts. Wer einem Land das Existenzrecht abspreche, stelle die Idee der Europäischen Gemeinschaft infrage. Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine zeige, wie schnell sich Situationen ändern könnten und Freiheit und Frieden nicht mehr selbstverständlich seien. Eine weitere Gefahr sah der Ministerpräsident in der Renaissance des Nationalismus in Europa. Daher sei es notwendig, angesichts der Kumulation der riesigen Herausforderungen die europäische Idee weiter mit Leben und Herz zu füllen. Auch wenn die jetzige Situation bedrückend sei, müsse man den Optimismus beibehalten, um Europa zusammenzuhalten und die, die beitreten wollen, müsse man willkommen heißen. Der ehemalige Präsident der Kommission, Jean-Claude Juncker, würdigte in seiner Festrede Bouffier als verdienten und überzeugten Europäer, auch zu Zeiten, in denen andere Europäer sich eher kritisch und distanziert verhalten hätten. Auch Juncker sprach den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine an. Man müsse die Ukraine, die sich für den europäischen Weg entschieden haben, unterstützen. Denn wer sich am Völkerrecht vergreife, vergreife sich an der europäischen Identität und an der europäischen Friedensidee. Die Ukrainerinnen und Ukrainer würden den Kampf aller Europäerinnen und Europäer kämpfen. Russland als dem größten Nachbarn müsse man sich zukünftig wieder annähern, allerdings sei das mit Putin nicht möglich. Nur wenn man in der EU mit geeinter Stimme auftrete, würde man zur Kenntnis genommen werden, nur gemeinsam sei man stark, betonte der ehemalige Kommissionspräsident. Die Hessische Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Lucia

Puttrich, ging ebenfalls auf die Verdienste Bouffiers für Europa ein. Sie begrüßte auch Bouffiers großes Engagement für die Hessische Landesvertretung in Brüssel und hob die Einmaligkeit des Mehr-Regionen-Hauses hervor. Hierbei erläuterte Puttrich, man müsse sich in der EU untereinander noch besser austauschen, um die Positionen anderer zu verstehen. Insbesondere sei es wichtig in dieser Zeit ein deutliches Zeichen denen geben, die auf die EU bauen, wie beispielsweise der Ukraine.

### **Ines Claus, MdL, Vorsitzende der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag zu Gesprächen in Brüssel**

Am 18.05.2022 fanden in Brüssel Gespräche von Ines Claus, MdL, Vorsitzende der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, mit Vertretern der EU-Institutionen statt. Beim Gespräch mit Michael Hager, Kabinettchef von Kommissionsvizepräsident Dombrovskis und beim Gespräch mit Markus Schulte, Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der Kommission wurden vor allem Fragen der Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakets angesprochen. Im Mittelpunkt der Gespräche mit MdEP Daniel Caspary (EVP/DEU) und MdEP Dr. Andreas Schwab (EVP/DEU) stand die EU-Wahlrechtsreform. Bei allen Gesprächen wurden der Sitz der neuen EU-Agentur zur Bekämpfung von Geldwäsche (AMLA) und die Vorzüge Frankfurts als Standort thematisiert. Im Gespräch mit Jurij Aston, Direktor Horizontale und Globale Angelegenheiten und Auswärtige Beziehungen im Rat ging es vor allem um Europäische Außen- und Verteidigungspolitik und um die EU-Erweiterung. Übergreifend standen bei allen Gesprächen auch der Krieg in der Ukraine und die EU-Finanzhilfe und der Wiederaufbauplan für die Ukraine im Vordergrund.

## V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

### **Europäischer Rat**

30./31.05.2022                      Außerordentliche Tagung

### **Rat**

23.05.2022	Rat Allgemeine Angelegenheiten
23.05.2022	Euro-Gruppe
23.05.2022	Rat des Europäischen Wirtschaftsraums
24.05.2022	Rat Landwirtschaft und Fischerei
24.05.2022	Rat Wirtschaft und Finanzen
02.06.2022	Rat Verkehr
03.06.2022	Rat Telekommunikation
02.06.2022	Rat Allgemeine Angelegenheiten (Kohäsion)
03.06.2022	Rat Auswärtige Angelegenheiten

## **Europäische Kommission**

24.05.2022	Europäisches Semester, Frühjahrspaket
25.05.2022	Vorschlag für eine Richtlinie über die Wiedererlangung und Einziehung von Vermögenswerten Vorschlag für einen Beschluss des Rates über die Aufnahme der Umgehung oder Verletzung von Sanktionen in die in Artikel 83 Absatz 1 AEUV genannten Kriminalitätsbereiche
01.06.2022	Konvergenz Report 2022

## **Europäisches Parlament**

In den nächsten zwei Wochen finden keine Plenarsitzungen statt.

## **Ausschuss der Regionen**

31.05.2022	ENVE-Fachkommissionssitzung Vorschlag für eine Richtlinie des EP und des Rates über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (Abstimmung) Ökologischer Wandel – Wie kann aus der Sicht der Städte und Regionen beim Aufbau resilienter Gemeinschaften Ausgewogenheit zwischen gesellschaftlicher Akzeptanz und den Erfordernissen des Umweltschutzes hergestellt werden? (Abstimmung) Umweltgerechte Haushalte auf lokaler und regionaler Ebene (Abstimmung) Energiepaket für Gas-, Wasserstoff- und Methanemissionen (Meinungsaustausch) Auf dem Weg zu einer strukturellen Einbeziehung der Städte und Regionen in die Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Scharm asch-Schaich (UNFCCC COP27) (Meinungsaustausch)
02./03.06.2022	NAT-Fachkommissionssitzung Reform des Systems der geografischen Angaben (Meinungsaustausch) Gewährleistung der Ernährungssicherheit und Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Lebensmittelsysteme (Meinungsaustausch) Regionale Anpassungsstrategien für eine klimaeffiziente Landwirtschaft (Meinungsaustausch)

## **Europäischer Gerichtshof und Europäisches Gericht**

Die Woche vom 23. bis 27.05.2022 ist sitzungsfreie Zeit. Grundsätzlich finden weder mündliche Verhandlungen statt noch werden Urteile verkündet oder Schlussanträge verlesen. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass z.B. in Eilverfahren ein Termin anberaumt wird oder dass den Parteien Beschlüsse zugestellt werden.

## Europäischer Gerichtshof

- 01.06.2022 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in den Rechtssachen C-396/21 FTI Touristik (Pauschalreise auf die Kanarischen Inseln) und C-407/21 UFC - Que choisir und CLCV (Pauschalreisen und verbundene Reiseleistungen)  
Minderung bzw. Erstattung des Reisepreises wegen Covid-19-Pandemie
- 02.06.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-587/20 HK/Danmark und HK/Privat  
Altersdiskriminierung – Kandidatur für Gewerkschaftsvorsitz
- 02.06.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-122/21 Get Fresh Cosmetics  
Verbot kosmetischer Mittel wegen Ähnlichkeit mit Lebensmitteln
- 02.06.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-43/21 FCC Česká republika  
Verlängerung der Laufzeit einer Mülldeponie
- 02.06.2022 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-100/21 Mercedes-Benz Group (Haftung des Herstellers von Fahrzeugen mit Abschaltvorrichtung Thermofenster – Nutzungsanrechnung
- 02.06.2022 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den verbundenen Rechtssachen C-245/21 und C-248/21 Bundesrepublik DEU (Behördliche Aussetzung der Überstellungsentscheidung)  
Dublin-III: Zuständigkeit für die Prüfung von Asylanträgen – Covid-19-Pandemie
- 02.06.2022 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den verbundenen Rechtssachen C-148/21 und C-184/21 Louboutin (Benutzung eines markenverletzenden Zeichens auf einem Online-Marktplatz)  
Markenschutz auf Online-Marktplätzen

## Europäisches Gericht

- 01.06.2022 Urteile des Gerichts in den Rechtssachen T-481/17 Fundación Tatiana Pérez de Guzmán el Bueno und SFL / CRU, T-510/17 Del Valle Ruiz u.a. / Kommission und CRU, T-523/17 Eleveté Invest Group u.a. / Kommission und CRU, T-570/17 Algebris und Anchorage Capital Group / Kommission und T-628/17 Aeris Invest / Kommission und CRU  
Abwicklung der Banco Popular Español



01.06.2022

Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-584/19  
ThyssenKrupp / Kommission  
Untersagung der Gründung eines  
Gemeinschaftsunternehmens durch Tata Steel und  
ThyssenKrupp

**Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 03.06.2022.**

## Abkürzungsverzeichnis

<b>Europäisches Parlament</b>	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
<b>EU-Mitgliedstaaten</b>	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
<b>Länder außerhalb der EU</b>	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA